Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Verlagsadresse 14 Fernruf 1045. 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT" als Beilage

Der Anzeigenpreis beträgt 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 200 M. für Reklamen usw. in den orientierten Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Roth

Einzelpreis 40 Mark — Dienstag, den 2. Januar 1923 — 3. Jahrgang. Nr. 1

Faszistische Spreng-Attentate

Sprengung am Kaiser-Wilhelm-Denkmal — Blaubemützte Burschen auf dem Königsplatz — Sprengung der Fassade der „Hungerburg" — Nationalsozialistische Hetze gegen die Kommunisten

Halle, 2. Januar.

Am Neujahrstage gegen ¼11 Uhr abends wurde in Halle das Standbild Moltkes vom Wilhelm-Denkmal in der Poststraße in die Luft gesprengt. Nach Angabe von Augenzeugen wurde in einer Blechhülse befindlicher Sprengstoff durch eine Zündschnur, die mehreremale um ein Bein des Standbildes gewickelt war, zur Sprengung benutzt. Der Luftdruck war so stark, daß viele Fensterscheiben in der Post- und angrenzenden Straßen eingedrückt wurden.

Ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft bemerkte die glimmende Zündschnur und versuchte mit seinem Seitengewehr die Schnur zu zerschneiden, doch gelang es ihm nicht. Durch schnelles Zurückspringen hinter die Steinsäulen konnte er sich noch retten. Glücklicherweise ist weder durch die Sprengung, noch durch die herumfliegenden Glassplitter jemand verletzt worden.

Wie die hiesige Agentur des Wolffschen Telegraphischen Bureaus mitteilt, wurden in der gleichen Zeit zwei weitere Attentate in Halle versucht. Einige junge Burschen mit blauen Mützen wurden beobachtet, wie sich sich am Denkmal auf dem Königsplatz zuschaffen machten. Durch das Hinzukommen von einigen Spaziergängern wurden sie jedoch vertrieben.

Ferner wurde auf die Villa des Bankiers Lehmann, bekannt unter dem Namen „Hungerburg", ein Sprengversuch unternommen. Hier wurde die Fassade abgesprengt.

*

Die Faszisten brauchen solche Attentate, um gegen die Arbeiter- [illegible] zu hetzen. Sofort nach Bekanntwerden der Sprengung wurde denn auch in allen reaktionären Lokalen eine wüste Kommunistenhetze entfesselt. Sofort hieß es: „Das sind Kommunisten gewesen!" Das gleichzeitige Einsetzen dieser Hetze und die Verbreitung von allerlei Gerüchten von weiteren Sprengungen durch bekannte Stahlhelmleute und Orgeschstudenten, die sich auffallend schnell und zahlreich an der Sprengstelle einfanden, lassen ein planmäßiges Vorgehen erkennen. Die kommunistische Bewegung erstarkt immer mehr, man braucht Vorwände, um einen allgemeinen Kommunistenpogrom veranstalten zu können.

Es ist kein Zufall, daß die Nationalsozialisten zu ihrem Attentat sich das Wilhelm-Denkmal ausgesucht haben. Bekanntlich hat das Stadtverordnetenkollegium nach dem Rathenau-Mord die Entfernung dieses monarchistischen Wahrzeichens beschlossen, der Magistrat hat die Ausführung jedoch abgelehnt. Da ist dann die Sprengung gerade des „Wilhelms" eine feine Gelegenheit für eine Kommunistenhetze. Auch die versuchte Sprengung der Villa des hallischen Bankgewaltigen liegt ganz im Rahmen der nationalsozialistischen Hetzpropaganda.

Vor einigen Tagen war der deutsch-völkische Abgeordnete Henning in Halle und gründete eine Ortsgruppe der Deutsch-völkischen Freiheitspartei. In dieser neuen Putschpartei hat sich das ganze reaktionäre Gesindel der „aufgelösten" Organisationen zusammengefunden. Der Kampf für das Deutschtum und den Kaiser, für die schwärzeste Reaktion ist ihre Losung. Die Kapitalisten wissen keinen anderen Ausweg als rücksichtslose Unterdrückung der Arbeiterschaft. Deshalb opfern sie Millionen über Millionen für die Hitler-Banden und andere reaktionäre Organisationen. Für ihr Geld wollen die Industriemagnaten auch Taten sehen und so arbeiten denn diese reaktionären Gesellen mit allen Mitteln. Sie sprengen Versammlungen, verprügeln Arbeiter und sprengen Denkmäler, um Gelegenheit zur Befriedigung ihrer faszistischen Begierden zu bekommen. So ist gestern, einige Zeit nach der Sprengung, der Genosse Urban kurz vor seiner Wohnung angefallen worden, doch mißlang der Ueberfall.

Diese Sprengung ist der Auftakt zu einer neuen Kampagne der [illegible]. Schon wochenlang bringen die deutschnationalen Blätter [illegible] Nachdem die Oeffentlichkeit so vorbereitet ist, folgen Provo[illegible] wie die gestrigen Sprengungen. Denn wenn die Sprengungen einen Sinn haben sollen, kann es nur der sein, das Bürgertum [illegible] die Arbeiterschaft aufzustacheln und Pogrome zu provozieren.

Dieses Auftreten der Reaktion ist ein Warnungszeichen für die Arbeiterschaft. Mehr denn je muß die hallische Arbeiterschaft Augen und Ohren offenhalten. Durch das unbedeutende Auftreten der Hitler-Banden, durch den Sieg der Faszisten in Italien, ist den deutschen Faszisten der Kamm geschwollen. Unbedeutend kann in der deutschen Republik die Reaktion sich organisieren und ihre Propaganda betreiben. Das Proletariat muß sich fester denn je zusammenschließen, seine Organisationen stärken, um allen Angriffen der Reaktion gewappnet gegenüberzustehen.

Cunos Silvesterrede über die Reparationsfrage

Internationale Anleihe – Deutsch-französischer Wirtschaftsblock – Reichsgarantie für das Stinnes-Lubersac-Abkommen

WTB. Hamburg, 1. Januar 1923.

Vor der Hamburger Handelskammer „Eines ehrbaren Kaufmanns" hielt Reichskanzler Dr. Cuno gestern eine Rede, in der er sagte, der wahre Völkerfriede könne nur erreicht werden, wenn sich alle Völker entschlossen auf den Boden der Wirklichkeit stellen und auch bezüglich des Reparationsproblems, das nach vierjährigen vergeblichen Bemühungen nun von dieser Regierung nicht in vier Wochen zu lösen sei, sondern in wohlüberlegtem Zusammenklang finanzieller Leistung und wirtschaftlichen Ausgleichs. Das Gutachten des internationalen Anleihekomitees habe die Unmöglichkeit dargetan, daß Deutschland aus eigenen Mitteln die zugemuteten Reparationslasten trage. Deutschland braucht hierfür internationale Anleihen, die es nur bei klargestellter Leistungsfähigkeit erhält. Die Regierung selbst habe am 31. August 1922 die deutsche Zahlungsunfähigkeit anerkannt. Der Versailler Vertrag schließt Deutschland von der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aus. Redner betont die Entschlossenheit Deutschlands, eine feste erste Summe auf sich zu nehmen und diese durch internationale Anleihe zu bezahlen. Sei ein fester Untergrund geschaffen, so werde man mit aller Kraft die Mark wieder zu einem festen Wertmesser zu machen streben und das Budget balancieren. Die Reichsregierung werde dem Anleihekonsortium jede vernünftige Sicherheit einräumen und seine Unterschrift einlösen. Für die deutsche Wirtschaft sei freie Bewegung der Kräfte zur Leistung der ungeheuren Lasten notwendig und Vereinigung aller Kräfte unter Vermeidung von Nebenlasten und Nebenleistungen. Der Kanzler forderte wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung, Abbau der Rheinlandbesatzung, Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und Absage an jede Politik von Sanktionen und Retorsionen, von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen. Ein Vertreter der Reichsregierung will der Pariser Konferenz unseren Vorschlag vorlegen und erläutern. Der Kanzler schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick in ein neues Jahr der Einigkeit, des Rechtes und der Freiheit.

*

Cuno hat in Hamburg den Schleier des Reparationsgeheimnisses ein klein wenig gelüftet und erkennen lassen, daß der „klare und feste deutsche Plan", an dem solange mit den Wirtschaftssachverständigen aller kapitalistischen Kreise im Geheimen gearbeitet wurde, im wesentlichen nichts anderes ist als die Aufwärmung der alten Pläne. Der Schrei nach der internationalen Anleihe und der Stundung ist und bleibt der Kern aller deutschen bürgerlichen Wiedergutmachungsvorschläge.

Neu ist am Silvesterplan Cunos, daß er die „Zwischenlösung" fallen läßt und die „Endlösung" enthalten soll. Das ist eine deutliche Verbeugung vor dem Stinneskapital, das stets auf „Endlösungen" zu seinem Profit hingearbeitet hat. Der energischste Teil des Industriekapitals setzt sich im Kompromiß durch, seine Endlösungen und Zehnstundentag und Marksta bilisierung nach fünfzehn Jahren.

Zusammengefaßt enthält der neue Vorschlag, den Cuno durch den Staatssekretär Bergmann in Paris mündlich vortragen lassen will, das, was Stinnes von langer Hand vorbereitet hat: deutsch-französischer Wirtschaftsblock, Anleihe, Reichsgarantie für das Stinnes-Lubersac-Abkommen. Aus der Verelendung der breitesten Masse sollen neue Milliarden für das deutsche und internationale Kapital herausgepreßt werden.

Segnungen des Stinnes-Lubersac-Geschäfts

Wie aus den letzten Pariser Meldungen hervorgeht, ist der Verschlußbeschluß der Reparationskommission in der Frage der Holzlieferungen, der als Vorwand zur Ergreifung „produktiver Pfänder", das heißt der deutsch-französischen Vertrustung dienen soll, eine direkte Folge des patriotischen Sechsprozent-Geschäfts des H. Stinnes. Sein französischer Kontrahent Lubersac erklärt im „[illegible] Paris", er habe im Sinne des Vertrages für den Wiederaufbau Holz angefordert, da aber die Reichsregierung den bösen Streich (!) gespielt habe, die Preise in Papiermark festsetzen zu lassen und da die Regelung erst nach Lieferung erfolgen sollte, so hätten die wenigen Deutschen, die solches Holz besäßen, sich geweigert, die Lieferungen zum Marktpreis zu vollziehen. Deutschland habe demnach seine Verpflichtungen tatsächlich absichtlich nicht erfüllt!

Das sagt der französische Kontrahent Stinnes', indem er Stinnes' Profite verteidigt. Das sagt also Stinnes selbst! Im Sachlieferungsabkommen sind zwar Papiermarkpreise vorgesehen. Herr Stinnes will aber jetzt Gold haben, und wenn er es nicht auf geradem Wege erhalten kann, beschließt die Reparationskommission in seinem Auftrage eine absichtliche Verfehlung Deutschlands.

Die Sühnenote ungenügend

In der französischen Kammer erklärte Poincaré nach Verlesung der deutschen Entschädigungsnote, die Botschafterkonferenz werde auf örtliche Sanktionen in Passau und Ingolstadt bestehen. Eine neue Aufforderung sei deshalb an die Reichsregierung gerichtet worden. Eine Antwort hierauf sei noch nicht eingetroffen. Von ihr würde es abhängen, ob alle geplanten Sanktionen ausgeführt würden.

Der Dollar heute vormittag 7225 Mark

Lohnsteuer und Gewerkschaften

Wen besteuern? Die Börsenwölfe, die Bankkönige, die Staatsgläubiger, die Rentiers, die Industriellen? Das war kein Mittel, die Republik bei der Bourgeoisie einzuschmeicheln, das hieß, von der einen Seite den Staatskredit und den Handelskredit zu gefährden, während man ihn von der anderen Seite mit so großen Opfern und Demütigungen zu erkaufen suchte. Aber jemand muß bluechen. Wer wurde dem bürgerlichen Kredit geopfert? Jacques le Bonhomme, der Bauer.

(Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich.)

„Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen darauf, daß der von ihnen getragene Anteil der Reichseinkommensteuer im Jahre 1920 20 Prozent, 1921 33⅓ Prozent, in diesem Oktober aber schon 72 Prozent betragen hat": so heißt es in der von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichskanzler gerichteten Denkschrift, in der sie eine Ermäßigung der Lohnsteuern fordern. Wem fallen bei dieser Feststellung, daß 72 Prozent der im Oktober 1922 21,9 Milliarden betragenden Einkommensteuer von den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufgebracht werden, nicht die berühmten Steuerreden Lassalles ein, seine Anklagen gegen die Bourgeoisie, der schonungslos vorhielt, daß sie die indirekten Steuern zu einem unerhörten System entwickelt hat. „Die indirekte Steuer", so sagte Lassalle, „ist das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet."

Heute können wir hinzufügen, daß die Bourgeoisie der Republik zu dem unerhörten System der indirekten Besteuerung, das sie [illegible] der Kaiserzeit, der Weg [illegible] gegangen und [illegible] alles [illegible] Lassalle im konservativen Preußen als unerträglich [illegible] die Ärmsten der Armen gebrandmarkt hatte, die Steuerpolitik zu einer der breiten Massen durch die direkten Steuern, vor allem durch die „gerechteste" aller Steuern, die Einkommensteuer, ergänzt hat.

72 Prozent des Einkommensteuerertrages werden durch die Lohnbeschlagnahme aufgebracht. Nicht gerechnet sind dabei die nicht durch Steuermarken, sondern durch Barzahlung von den Unternehmern gezahlten Lohnabzüge, von denen die Gewerkschaftsdenkschrift sagt:

„Die Arbeiter betrachten es als eine Verhöhnung ihrer ehrlich erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Alt-Helfferich als die „dummen Kerle", daß ihre Steuerleistungen, die im Ueberweisungsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatelang in den Händen der Unternehmer liegen bleiben und dort sich in privat-egoistischen Vorteil umsetzen."

Nicht gerechnet ist weiter die Einkommensteuer der kleinen Ladenbesitzer, der Handwerker und Bauern, die der Steuerbote aber schnell zu finden weiß wie die in den Fabriken schuftenden Arbeiter. Nicht gerechnet sind schließlich die rückständigen Steuern der Schieberkapitalisten und Finanzmagnaten, die ihre Steuerschulden von 1920 und 1921 selbst mit dem schlechten Gelde bis heute noch nicht bezahlt, aber ihre auf dem Papier gebliebene Steuer längst auf die Preise aufgeschlagen haben. So werden die 72 Prozent, die die Arbeiter, Beamten und Angestellten, Bauern und Handwerker von der Einkommensteuer zahlen, zu 90 und 95 Prozent. Die hauptsächliche direkte Steuer der Ebert-Republik lastet mit voller Schwere auf Jacques le Bonhomme, dem dummen Kerl. Dafür aber zahlen die Kapitalisten kaum Besitzsteuern. Dafür haben sie von den 70 Papiermilliarden betragenden Zwangsanleihe in sieben Monaten ganze drei Papiermilliarden, ein Siebentel des Oktoberertrages an Einkommensteuern, bezahlt.

Zu dieser direkten Besteuerung in der Ebert-Republik kommt noch das ganze „unerhörte System" an indirekten Steuern, die ebenfalls allein von den breiten Massen getragen werden. Vom 1. April bis 31. Oktober hat die Umsatzsteuer 32,8 Milliarden gebracht, sind an Zöllen und Verbrauchsabgaben 42,4 Milliarden eingegangen, darunter an Kohlensteuer allein 16,6 Milliarden Mark. Bis auf einen verschwindenden Rest sind 356,3 Milliarden Reichseinnahmen der ersten sieben Monate des Etatsjahres 1923 aus den werktätigen Massen Deutschlands ausgepumpt worden.

Die Steuergesetzgebung der Ebert-Republik hat zum schamlosesten Steuerprivileg geführt, dessen sich je eine herrschende Klasse erfreut hat. Wie der Erzbischof von Sens 1641 den Steuerfordernden Kardinal Richelieu kühl erwiderte, daß es alter Brauch der Kirche sei, daß das Volk mit seinem Gut, der Adel mit seinem Blut, der Klerus mit seinen Gebeten zu den Staatsnotwendigkeiten beitrage, so erwidert Cuno den zum Bittgang bei ihm antretenden Gewerkschaftsführern, daß nach dem Willen der Regierung zur Tragung der unabwendbaren Lasten „alle Kreise unseres Volkes nach Maßgabe ihres Könnens heranzuziehen sind."

Der Maßstab dieses Könnens ist die Geduld des dummen Kerls, während das Können der Bourgeoisie sich in ungehinderter Steuerflucht offenbart und die Blutopfer der Bourgeoisie in der Etappe des Weltkriegs auf dem Papier gestanden haben.

Das Proletariat in Stadt und Land zahlt dem Staat. Dafür wird es von denen beherrscht und getreten, die nichts zahlen, aber sich die Herrschaft über die Geschicke des Volkes anmaßen.

Was tun die Gewerkschaftsführer? Sie suchen um Audienzen nach mit dem Ziel, in die Regierung, in die große Koalition hineinzukommen. Wo finden sie ein Wort gegen den unverschämten Anspruch der „Industrie", die sich den Staat vom Proletariat bezahlen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0001

[illegible] mit Cuno allein über das Schicksal des deutschen Volkes, über die Erfüllungspolitik und die Garantien zu bestimmen? Im Gegenteil: statt diese „berufenen" Führer wegzujagen, die in der Zeit des Staatsbankrotts nur darüber nachsinnen, wie sie am besten keine Steuern zu zahlen brauchen, rechtfertigen die Helfershelfer Cunos schwerindustrielle Politik, bitten die Gewerkschaftsführer bei der Regierung um gutes Wetter und neue Verhandlungen.

Nicht Aufhebung der Lohnsteuer, der indirekten Steuern, die sie selbst mitbeschlossen haben, fordern sie; sie verlangen nicht die Sachwerterfassung. Sie begnügen sich mit der Bitte um Steuermilderung. Und selbst auf diese bescheidene Forderung antwortet die Cuno-Regierung und die bürgerliche Presse mit Hohn gegen die, die, statt die Faust zu ballen, nach Ministersesseln schielen.

Was müßten die Gewerkschaftsführer tun? „Wir können es nicht mehr länger tragen", schreien die Arbeiter der MSPD. auf, und ihre Presse gibt ihren Ruf weiter. Die Masse des Proletariats brauchte die Bürde der Steuern nicht mehr zu tragen, wenn sie sie abwerfen wollte. Gegen die Gewerkschaften kann in Deutschland seit dem Kapp-Putsch keine Regierung auch nur vierundzwanzig Stunden existieren. Also müssen die Gewerkschaften ihre Macht gebrauchen, und dem Reichskanzler wird die kühle Amtsmiene und die vornehme Zurückhaltung des Aufsichtsratsvorsitzenden vergehen.

Vor diesem Schritt, die Macht zu brauchen, die sie haben, scheuen die Gewerkschaftsführer heute genau so zurück wie stets. Sie wollen mit ihren Bittgängen nur dämpfen, nicht anfeuern. Die Massen, die eben erst in Ludwigshafen von den Instanzen verraten wurden, die Eisenbahner, deren Isolierung sie schon vorbereiten, zu beruhigen, ist bis heute das Ziel der „Aktion" jener Spitzen. Hier muß das in den Gewerkschaften organisierte Proletariat selbst eingreifen. Es muß auftreten in geschlossener Einheitsfront, in der klaren Erkenntnis, daß nur der Kampf der breiten Massen und eine von ihnen getragene Arbeiterregierung, nicht aber die Regierung der Bourgeoisie und der Großen und Kleinen Koalition, die Steuerprivilegien der Bourgeoisie aufheben und die Steuerlasten der Armen mildern und schließlich aufheben kann.

Amerikanische Vermittlungsaktion

Neuyork, 30. Dezember.

In Washington wurde im Weißen Hause offiziell bekannt gemacht, daß die Vereinigten Staaten die Lösung der Reparationsfrage durch eine uninteressierte Gruppe hervorragender Volkswirtschafter und Finanziere aus England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland vorgeschlagen werden, falls die bevorstehende Konferenz der alliierten Premierminister in Paris nicht zu einer Einigung kommen sollte.

*

Hierzu wird heute aus London gemeldet, daß Bonar Law bereit sei, die Reparationsfrage einer derartigen Konferenz zu überweisen, wenn es sich als unmöglich herausstellen sollte, in Paris eine Vereinbarung zu erzielen. Mitteilungen des Pariser Berichterstatters der „Daily Mail" zufolge wird England, falls sich Frankreich zu einer unabhängigen Aktion entschließen sollte, ohne formellen Protest sich abseits stellen.

Sowjet-Rußland zur Memelfrage

Moskau, 29. Dezember.

Tschitscherin hat am 22. Dezember an die Entente eine Note gerichtet, in der es heißt: Wie die russische Regierung erklärt hat, [illegible] die Botschafterkonferenz in Paris [illegible] mit [illegible] Memelgebiet [illegible] Das Schicksal dieses Gebiets [illegible] Sowjetrepubliken im Interesse von höchster Tragweite dar. Daher muß jede Regelung der Frage des Memelgebiets ohne die unmittelbare Teilnahme der Sowjetrepubliken Rußland und Weißrußland als Verletzung der unbestreitbaren Rechte dieser Republiken angesehen werden.

Infolgedessen nehmen die Regierungen von Rußland und Weißrußland das Recht in Anspruch, die Zulassung ihrer Vertreter zu den Beratungen und Entscheidungen über das Schicksal Memels zu verlangen. Gleichzeitig sieht sich die Regierung Sowjet-Rußlands zu der Erklärung verpflichtet, daß sie keine Lösung der Frage, die ohne ihre Teilnahme und entgegen ihren Interessen getroffen werden könnte, anerkennen werde.

Dank an die opferwilligen Arbeiter!

Die Werkzeugsammlung für Sowjet-Rußland hatte besonders in der deutschen Industrie-Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo gefunden. Wie schon so oft, legte die mitteldeutsche Arbeiterschaft auch bei dieser Gelegenheit ein glänzendes Zeugnis ihrer Solidarität ab. Die Werkzeugspenden stärkten den Mut unserer russischen Brüder, wovon nachstehendes, an den Genossen Röthe in Wittenberg gerichtetes Schreiben zeugt:

Petrograd, den 30. November 1922.

Werter Genosse Röthe!

Mit dem besten Danke haben wir Deine Instrumente erhalten und ihrer Bestimmung zugeführt. Immer wieder freut es uns sehr, ein paar liebe Zeilen ausländischer Genossen zu erhalten, und anbei beilegen wir uns auch, Deinen lieben Brief zu beantworten. Wir an Orte wissen es zu genau, wie wichtig das erste Scherflein klassenbewußter Arbeiter zum Wiederaufbau Sowjet-Rußlands ist. Deshalb ist uns alles, und wäre es auch nur ein Nagel, von treuen Proletariern gespendet, doppelt wert und willkommen. Zeugt jede Gabe, wäre sie auch noch so klein, von Opferwillen für die proletarische Sache im großen, wie für die Sympathien für die Republik der Arbeiter und Bauern im besonderen. Ganz recht ist Dein Ausspruch: „Wenn viele wenig geben, so ist es viel", und wir fügen noch hinzu: „Wenn es Proleten geben, hat es doppelt Wert."

Nehmt hiermit unseren Dank und den Wunsch hin, daß Eure Gaben für den Wiederaufbau Sowjet-Rußlands die besten Früchte bringen, denn ein Erstarken Sowjet-Rußlands heißt: Macht und Befreiung des gesamten Weltproletariats.

In der Hoffnung, daß Gutes mit Gutem vergolten wird, verbleibe mit

kommunistischen Grüßen

Internationale Arbeiterhilfe
Petrograd.
Rothkegel. Stiller.

Das Schuldkonto der Thüringer MSPD.

Die Thüringer Sozialdemokraten speien Gift und Galle gegen die kommunistische Landtagsfraktion, die es gewagt hat, sich der im Parlament erschienenen Erwerbslosen anzunehmen und an der sozialdemokratischen Regierung vernichtende Kritik zu üben. Aber an dem Schuldkonto der Thüringer MSPD.-Führer ist nicht zu rütteln. Stammen doch fast alle Anschuldigungen gegen sie aus dem Munde ihrer eigenen Parteigenossen.

Die „Neue Zeitung" in Jena schreibt darüber: „Sozialdemokratische Regierungsbeamte waren es, die uns gegenüber wiederholt in heuchlerischsten Tönen geklagt haben, daß die Regierung gegen die Reaktion nichts zu tun wage. Es waren sozialdemokratische Beamte der Landespolizei, die uns ihre Verbitterung darüber ausschütteten, daß die Regierung, als die Nachricht von der Ermordung Reichsbanns kam, gar nichts gegen die Geheimorganisationen unternahm. Wann sind denn diese Sozialdemokraten zu uns gekommen mit ihren Klagen? [illegible] weil sie in ihrer Partei kein Gehör gefunden hatten? [illegible] Es waren Sozialdemokraten, die uns die Mitteilung machten, daß führende Persönlichkeiten ihrer Partei lieber Deutschnationalen als einen Kommunisten in irgendeinem Amtern sehen; daß diese selben Personen, die vom Landtag übernehmende Wahl eines Kommunisten zur Kommunalkammer geradezu frenetischer Wut zu verreiten gewußt haben.

Es sind Sozialdemokraten, die uns davon unterrichtet haben, wie von führenden Personen der Thüringer Sozialdemokratie mit unermüdlicher Ausdauer die große Koalition mit den Bürgerlichen angestrebt wird!"

Die „Neue Zeitung" erklärt zum Schluß, die KPD. werde es sich arg überlegen müssen, ob sie etwa für eine Landespolizei Millionen bewilligen soll, damit sie gegen Arbeiter, gegen Erwerbslose losgelassen wird. Die KPD. ist bereit, der sozialdemokratischen Regierung zum Tanze aufzuspielen, und zwar in einer Weise, die man in Thüringen noch nicht gehört hat!

Die Vernichtung der proletarischen Jugend durch das Arbeitszeitgesetz

Am 13. und 14. Dezember hat der Reichswirtschaftsrat über das Arbeitszeitgesetz beraten und Beschlüsse gefaßt, die tief in das Leben eingreifen werden. Denn nichts Geringeres ist beschlossen worden, als daß eine ganze Generation des deutschen Volkes verurteilt sein soll, auf jedes innere Leben, auf jedes Menschentum, kurz auf alles zu verzichten, was gerade über das bloße Essen und Trinken hinausgeht, über das, was notwendig ist, um wieder als „geölte Maschine" im Arbeitssaal anzutreten. Das ist der Kern der Sache, um die es sich bei diesen Beschlüssen gehandelt hat. Wieso?

Es ist wohl dem Wortlaut nach die Achtstundenzeit aufrechterhalten worden, aber daneben eine Reihe von Bestimmungen hingestellt, die diese Achtstundenzeit, sei es durch das Gesetz, sei es durch einen Entscheid der Schlichtungsbehörde oder durch den Tarifvertrag zu überschreiten gestatten. Dessen nicht genug: **Pausen und Arbeitsbereitschaft werden nicht in die Arbeitszeit eingerechnet.** (Während aber die erwachsenen Arbeiter sich im Einzelfall vielleicht noch hier und da werden wehren können — vor der Schlichtungsbehörde — beim Abschluß des Tarifvertrages —, werden die Jugendlichen schon jetzt den Arbeitsbern ausgeliefert.)

Die Arbeitswoche darf für sie 54 Stunden betragen, einschließlich des Fortbildungsunterrichts. Sie dürfen täglich bis zu einer Stunde (welcher Meister wird sie wohl geringere Zeit behalten?) zu den Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten herangezogen werden. Auch für sie gilt **Arbeitsbereitschaft nicht als Arbeitszeit. Die Pausen während der Arbeitszeit werden nicht zu dieser gerechnet.**

Die Wirkung dieser Bestimmungen ist folgende: an Stelle der heutigen 8½ Stunde täglich, die [illegible] Meister um ½ Stunde hinauszögert, wird der Lohnling, [illegible] Frühstückspause abgerechnet wird, und eine Stunde außerdem hinzutritt, rund 9½ bis 10 Stunden am Arbeitsplatz zubringen müssen. — An den Arbeitsstellen, wo es sich neben der Arbeit [illegible] Arbeitsbereitschaft handelt, noch länger. Hinzu kommt der Weg von und zu der Arbeit.

Was verbleibt da dem Jugendlichen zu seinem eigenen Leben, zu dem Leben als Mensch? Statt um ½8 Uhr etwa wird er täglich erst um 9 Uhr abends mit dem Essen fertig sein. Volkshochschulbesuch, die Teilnahme an der Bildungsarbeit der Jugendorganisationen, Turnen oder Sport, alles fällt fort. Die mit der längeren Arbeitszeit gerade für den 14-, 15- und 16jährigen recht in Betracht kommende größere körperliche Ermüdbarkeit, wird sie ihn noch dazu kommen lassen, daß er sich einmal zu einem Buche aufrafft oder sich in Gedanken ergeht und etwa so zu einem Eigenleben gelangt.

Nur die [illegible] Naturen unter der proletarischen Jugend werden das noch vermögen. Gedenkt man noch, wie ohnehin schon dadurch, [illegible] eine vielfach nur eintönige, gleichförmige Arbeit [illegible] die Arbeitszeit abstumpfend wirkt, wie bei längerer Arbeitszeit eben noch gründlicher diese Verödung der Jugendlichen erreicht werden wird, so wird man sich das Ungeheuerliche vor Augen halten müssen, wozu das alles mit zwangsläufiger Notwendigkeit führen muß.

Wenn der erwachsene Arbeiter etwa durch Tarifvertrag oder sonstwie sich der Mehrarbeit und ihrer Stumpfheit aussetzt, so ist er doch bis zu einem gewissen Grade gefestigter als Mensch, wenn er ein aufgeweckter Mann ist, wird ihm ¼ oder ½ Jahr Unmenschlichkeit nicht auszulöschen vermögen.

Anders der Jugendliche! Das Alter von 14 bis 17 Jahren ist ja gerade dasjenige, wo das Geschlechtsleben erwacht, wo somit das eigene Gefühls- und Gedankenleben sich zu entfalten beginnt. Wird diese Entfaltung gehindert, verschüttet, dann hat man eine Maschine statt einen Menschen vor sich, eine solche öde Menschenmaschine, die allgemach nichts mehr kennen wird, als das Essen und Trinken, den Schlaf und das nackteste Geschlechtsbedürfnis.

Dieses Geschlecht wird dann heranwachsen und in seiner Stumpfheit auch später nie ein Verständnis haben für alles, was man sonst dem Volke so schön als Kulturgüter preist. Es werden mit Notwendigkeit Bestien werden müssen, Bestien deshalb, weil man in jener Zeit, da ihr Innenleben erwachte, diesem keinen Raum, keine Zeit zur Entfaltung und Pflege verstattete, sondern abstumpfend und lähmend sie beschränkte lediglich auf das rein Bedürfnismäßige und damit jede Verfeinerung und innere Bildung untergrub.

Aber noch weiter gehen diese Folgen! In jedem Menschen schlummern Fähigkeiten. Es hat nun einmal jeder Mensch nicht nur Hände, sondern auch einen Kopf. An und für sich ist jeder Mensch zur Hand- und Kopfarbeit geschaffen — und nur die Gesellschaftsordnung hat die einen ausschließlich zu der einen Schaffensart, die anderen ausschließlich zur anderen verurteilt. Die Kopfarbeiter suchen der Verelendung ihres untätigen Körpers entgegenzutreten durch Sport, Wanderungen usw., die Handarbeiter strebten der Verödung ihres Geistes und Gefühls entgegenzuwirken durch ihre Beschäftigung in der Freizeit mit Büchern, Wirtschaftsfragen, Musik, Versammlungsbesuchen, Volkshochschulen und Fortbildungskursen. Das fällt nun für die Jugendlichen in der Mehrzahl weg. Aber was fangen nun die Fähigkeiten an, die in ihnen liegen? Der Kopf fällt nun nicht weg, sondern die Möglichkeit, daß er Arbeit hat. Dafür hat die Kriminalistik die treffendste Antwort: Unbenutzte Fähigkeiten, die auf ihr eigenes Gebiet nicht zugelassen werden, werden unterirdisch und kommen an einer anderen, an verkehrter Stelle doch an die Oberfläche. Das abgestumpfte, unentfaltete Gefühls- und Gedankenleben der Jugendlichen wird nicht nur verrohen und leer sein, sondern in verbrecherischen Erscheinungen hervortreten.

Wer aber dann klagen sollte über die bestialischen Untaten Jugendlicher, der möge für diese nicht harte Strafen fordern — er wende sich an diejenigen, die wirklich dafür verantwortlich sind — an den Reichswirtschaftsrat, der solche Bestimmungen beschlossen hat, welche mit zwangsläufiger Notwendigkeit solche Folgen zeitigen müssen.

Und wenn dann einst das zertretene Menschenrecht dieser Jugendlichen sich in Revolutionen erheben wird, dann kann man ihnen das Grausamste und Unmenschlichste voraussagen, was nur erdenkbar ist. Nicht Menschen, sondern entmenschte Bestien werden ihre Bändiger zerfleischen. Wer aber wollte sie darum verurteilen? Ist denn nicht jener das Ungeheuer, der aus jungen Menschen alles austrieb, was Menschentum ist und sie Bestien zu werden zwang? Noch hat der Reichstag nicht gesprochen. Darum gilt es jetzt, alle Kräfte anzustrengen, damit nicht der Vorschlag des Reichswirtschaftsrates Gesetz werde, — — ein bestialisches Gesetz.

Dr. Rudolf Bußmann.

Oeser erlaubt „Schwarzweißrot". Der neue Innenminister Oeser hat verfügt, daß der „Reichsbund Schwarzweißrot", der das verfassungsmäßig zulässige Ziel hat, einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der alten Reichsfahne herbeizuführen, eine erlaubte Organisation sei, der auch Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte beitreten dürfen. Wie sollte auch in einer demokratischen Republik ein Verein unstatthaft sein, der die demokratische Wiedereinführung der Monarchie zum Ziele hat!

Nationalsozialistische Methode. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung zog kürzlich in München nachts eine faszistische Bande durch die Straßen und zwang unter Totschlagsdrohungen einen Passanten, der ihr jüdisch vorkam, durch Entblößung seiner Geschlechtsteile nachzuweisen, daß er nicht zu den Beschnittenen gehörte. Der Ueberfallene war ein Amerikaner, der über dieses Erlebnis unter den faszistischen Barbaren in der großen amerikanischen Presse berichtet hat. Man sieht, die faszistischen Schweine sind eifrig am Werk, das bayrische Ansehen in der Welt zu heben.

Mieterstreik. Mit einem Mieterstreik ist in Leipzig zu rechnen. Der Mieterschutzverband hat in mehreren Versammlungen die Mieter verpflichtet, am 1. Januar wegen der hohen Mietenzuschläge die Zahlung der Miete zu verweigern.

Kommunistische Brandstiftungen. Irgendein komisches Huhn aus der volksparteilichen Landtagsfraktion hat an die preußische Staatsregierung unter Hinweis auf verschiedene Brandstiftungen, die sich in Holstein in der letzten Zeit ereignet haben, die Anfrage gestellt, was die Regierung zu tun gedenkt, um diesem bolschewistischen Wahnsinn entgegenzutreten. Die deutschnationale Presse hat das sofort unter der Ueberschrift „Kommunistische Brandstiftungen in Holstein?" aufgegriffen. Es ist natürlich klar, daß die Kommunistische Partei Brandstiftungskolonnen organisiert, die durchs Land ziehen und den Bauern den roten Hahn aufs Dach setzen, um auf diese Weise Propaganda für die KPD. zu machen.

Ausland

Bonar Low und die englischen Arbeitslosen

Man weiß, wie hartnäckig sich Bonar Law dagegen gewehrt hat, die Führer der britischen Erwerbslosen zu empfangen. Nun hat er doch nachgeben müssen. Er empfing eine Erwerbslosendeputation, zwar nicht in London, aber in Glasgow, seiner Heimatstadt und seinem Wahlkreis. Es kam zu einer stundenlangen, sehr interessanten Aussprache, wobei Bonar Law die üblichen Versprechungen machte, vor allem Geld für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Am Schluß erklärte ihm der Arbeitslosenführer Campbell: „Herr Bonar Law, heute haben sie uns die Unfähigkeit Ihrer Regierung und des gegenwärtigen sozialen Systems gezeigt, irgend etwas für die Erwerbslosen zu tun. Wir erklären Ihnen, daß dieser Kampf auf der Straße weitergehen wird." Bonar Law hatte darauf nichts zu erwidern.

Englische Faszisten

Aus London wird gemeldet: Der Mussolinide folgend, hat sich nun auch in England eine faszistische Organisation gebildet. Sie führt den Namen „Orden der Kreuzfahrer". Der Großmeister des Ordens ist ein Hauptmann Gee, ein berüchtigter nationalistischer Agitator und konservativer Politiker. Der Orden bekundet offen seine Sympathien mit dem italienischen Faszismus und mit dessen Methoden. Im Zusammenhang damit kann auch die sogenannte britische Legion erwähnt werden, ein großer Kriegsteilnehmerverband, der ebenfalls unter der Leitung reaktionärer Militärs steht.

Der Mörder des polnischen Ministerpräsidenten Narutowicz ist am Sonnabend zum Tode verurteilt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die neuen Spitzenlöhne der Buchdrucker

Berlin, 31. Dezember. Der Deutsche Buchdruckervereinteilt mit: Die Tarifkommission des deutschen Buchdruckgewerbes hat für die ersten beiden Wochen des Monats Januar eine Lohnerhöhung auf 18 000 Mark, für die folgenden beiden Wochen auf 21 000 Mark für die Woche in den Spitzenlöhnen beschlossen. Die Lohnerhöhung in Verbindung mit der weiteren Steigerung der Preise für alle Materialien hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 50 Prozent erforderlich gemacht.

Internationale Solidarität

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte erhielt am 29. Dezember vom Roten Französischen Gewerkschaftsbund (CGTU.) eine weitere Summe von 6000 Franken (3 198 000 Mk.) zur Ueberweisung an die gemaßregelten Ludwigshafener Arbeiter. — Die bei der Redaktion des Züricher „Kämpfer" eingegangenen und bis jetzt überwiesenen Summen betrugen im ganzen 2 Millionen Mark.

Ein Kampfgruß belgischer Streikender

Seit dem 9. Dezember streikten die Bergarbeiter der Grube 4 in Rouz (Becken von Charleroi). Sie traten geschlossen in den Solidaritätsstreik, als das Unternehmertum eines ihrer Betriebsausschußmitglieder maßregelte, weil er einigen Arbeitern wegen deren Leistung von Ueberschichten Vorhaltungen machte. Auch dort hat die Gewerkschaftsbureaukratie es abgelehnt, durch Verbreiterung des Kampfes diesen zu einem raschen Sieg zu führen.

Diese Streikenden sandten an die Ludwigshafener Klassengenossen folgenden Gruß:

„Die Belegschaft der Grube 4 Monceau-Fontaine in Rouz, die heute, am 16. Dezember 1922 im „Volkshaus" zu Rouz versammelt ist, nimmt Kenntnis von dem Aufruf der RGI. betreffs der 40 000 Streikenden in der Pfalz, und beschließt einstimmig: 1. Den im Kampfe stehenden Klassengenossen, die als Antwort auf die Brutalitäten der Unternehmer so energische Stellung nahmen, den brüderlichen Gruß zu übersenden.

Sie bedauert, in diesem Moment nicht imstande zu sein, sie finanziell zu unterstützen, da sie aus demselben Grunde im Streik steht. Hofft, daß wir durch gemeinsame Abkommen dahin kommen werden, über die Grenzen hinweg zusammen für die Respektierung des Achtstundentages zu kämpfen."

„Unterschlagene Streikgelder"

In Wiesbaden soll, wie der „Vorwärts" meldet, ein Maschinist aus Ludwigshafen verhaftet worden sein, der nach seinen eigenen Angaben 85 000 Mk. Streikgelder unterschlagen haben soll. Namen und nähere Einzelheiten weiß das Blatt nicht anzugeben, benützt aber einen noch ungeklärten Fall zur Eröffnung einer groß angelegten Verdächtigungskampagne, wie auch das „Berliner Tageblatt", das bereits von „ähnlichen Gerüchten und weit höheren Beträgen" gehört hat. Wir werden nach genauen Feststellungen unseren Lesern melden, was an der Sache wahres ist. Sollte es sich tatsächlich um einen Schurk handeln, so wird unnachsichtlich gegen ihn vorgegangen werden. Die allgemeinen Verdächtigungen gegen diejenigen, die Streikgelder weiterleiten und auszahlten, müssen aber mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Die Verwendung der Gelder erfolgt unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0002

Kampf dem Versailler Frieden!

Die „Humanité", unser französisches Bruderorgan, vom 26. Dezember v. J. schreibt: Der Streik in der Pfalz hat in Frankreich eine tiefe Bewegung der Sympathie und der Solidarität hervorgerufen. Unsere Arbeiter haben voll begriffen, was der Heroismus der Streikenden in Ludwigshafen bedeutet. Der Streik in Ludwigshafen ist dank des Verrats der reformistischen Führer abgewürgt. In einigen Tagen wird aber das Problem der Reparationen alle europäischen Staaten wieder beschäftigen und die Folgen dieses Konflikts stehen in ihrer ganzen furchtbaren Bedeutung vor der französischen und deutschen Arbeiterklasse.

Die französische Arbeiterschaft ist zum Teil noch in der Ideologie des Sieges befangen. Die Kommunisten müssen jede Gelegenheit ergreifen, um ihr nachzuweisen, wie sie alle die Kosten dieses sogenannten Sieges zahlt. In der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und beim Angriff der Kohlenbarone haben wir das bereits getan. In den zerstörten Gebieten sprechen die Dinge für sich. Die Reparationen werden zugunsten der kleinen Geschädigten und zum ausschließlichen Nutzen der großen Industriellen, Großbesitzer und Spekulanten verteilt. Im September, als unsere Bergleute den Streik vorbereiteten, konnten wir ihnen zeigen, wie die Abschaffung der Siebenstundenschicht in den deutschen Bergwerken das Vorspiel eines Angriffes auf die französische Arbeiterschaft war. Wir haben nachgewiesen, daß Deutschland durch seine Reparationskohlenlieferung im Sinne des Versailler Vertrages die Position der französischen Unternehmer bei künftigen Streiks der französischen Bergarbeiter festigt. Nicht durch Appell an die Humanität, sondern durch Tatsachen, durch die gemeinsamen Interessen der deutschen und französischen Arbeiterschaft weisen die Kommunisten die **Notwendigkeit des Kampfes gegen den Versailler Vertrag nach.** Die Kosten des französischen Imperialismus haben die Arbeiter zu tragen. Die Lohnkürzungen in Deutschland verursachen Lohnkürzungen in Frankreich und die den deutschen Arbeitern auferlegten Opfer müssen von den französischen Arbeitern teuer bezahlt werden, weil sich die Offensive des Unternehmertums in Frankreich auf die Billigkeit der deutschen Arbeitskraft stützt.

Diese Interessengemeinschaft schafft die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion der französischen und deutschen Arbeiterklasse. In den bisherigen Beratungen wurde ein klares Programm ausgearbeitet: **Abschaffung des Versailler Friedensvertrages; proletarischer Wiederaufbau auf Kosten der Bourgeoisie, Räumung der besetzten Gebiete; gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, für die politische und wirtschaftliche Einigung mit Sowjet-Rußland.**

Unsere nächste Konferenz mit den deutschen Genossen wird den Auftakt einer noch engeren Zusammenarbeit sein. **Nur die gemeinsame Aktion der beiden Arbeiterklassen kann es verhindern, daß die eine mit Hilfe der anderen geschlagen werde.** Nur eine ständige Zusammenarbeit der beiden Parteien wird es ermöglichen, den Kampf gegen den Versailler Frieden und den Krieg systematisch zu führen und im kritischen Augenblick eine **entscheidende Rolle** zu spielen.

*

Während die französischen Kommunisten den Kampf gegen den Versailler Frieden auf der ganzen Linie aufnehmen, unterstützen die französischen Genossen der USPD. mit wüsten Hetzen Poincarés Pläne. So wirft im „Populaire" ein französischer sozialdemokratischer Delegierter am Haager Friedenskongreß mit verschiedenen Anspielungen auf die Kampfsprechtschaft unserer französischen Bruderpartei, die er als eine von „Moskau angeordnete rote Mobilmachung" denunziert, der KP. vor, die Kommunistische Internationale predige in gewissen Ländern, so in Deutschland, die Idee des Revanchekrieges. (!) Die Kommunisten fordern in Deutschland ein Bündnis zwischen Rußland und Deutschland, um den Versailler Vertrag durch den Krieg zu beseitigen. (!)

Diese Behauptungen wurden im Haag, dem „Populaire" zufolge, von Crispien und Wels bekräftigt. Wels erklärte, die Russen hätten schon vor zwei Jahren vorgeschlagen, mit ihnen den Marsch auf den Rhein vorzunehmen.

Wirtschaft

400 Prozent Reingewinn

Bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark brachte die Schloßfabrik Aktiengesellschaft in Schlagdaum bei Velbert über 12 Millionen Mark Reingewinn heraus. Für Ausschüttungen in Höhe von 140 Prozent ist nur wenig mehr als ein Drittel des Reingewinns, nämlich 4,5 Millionen Mark, erforderlich. Etwa 2 Millionen Mark werden vorgetragen, das übrige verschwindet in verschiedene Fonds. Bei den Erzeugnissen der Firma macht der Arbeitslohn den größten Faktor aus; die Materialkosten beanspruchen nur einen kleinen Bruchteil der Selbstkosten. Da die Löhne in Deutschland tief unter denen in allen anderen Ländern stehen, so können vorbereitende Werke trotz der über den Weltmarktpreis hinausgehenden Preise für Material riesenhafte Gewinne herausschinden.

Kulilöhne geben Exportmöglichkeit

Die deutsche Zigarettenindustrie muß ihren Rohstoff aus dem Auslande heranholen. Dafür sind Weltmarktpreise zu zahlen. Dazu kommen die sehr hohen Eingangszölle und Fabrikatsteuern. Insofern arbeitet die deutsche Zigarettenindustrie unter schwierigen Verhältnissen. Auch die Werkzeugkosten sind in Deutschland außerordentlich hoch. Trotzdem kann die deutsche Zigarettenindustrie exportieren. Sie kann zu der bereits erwähnten außerordentlichen Belastung auch noch die des doppelten Transportes tragen und trotzdem auf dem Weltmarkt konkurrieren. Ja, die Exportmöglichkeiten sind so verlockend für die deutsche Zigarettenindustrie, daß man jetzt in Berlin eine besondere Aktiengesellschaft gegründet hat, deren einzige Aufgabe es sein soll, die Ausfuhr von Zigaretten besser zu organisieren und noch weiter zu heben. Das Gründungskapital der neuen Gesellschaft beträgt 30 Millionen Mark. Welcher Produktionsfaktor mag es nun sein, der es der deutschen Zigarettenindustrie gestattet, trotz der hohen sächlichen Erzeugungskosten sich auf einen Großexport einzurichten? Es sind die niedrigen Löhne in Deutschland, die das Rätsel lösen. Weil in Deutschland Kulilöhne gezahlt werden, kann die Industrie unter sonst sehr ungünstigen Verhältnissen Riesenprofite machen.

Anschwellen der Arbeitslosenziffern. Nach Angaben des bayrischen statistischen Landesamts hat sich die Wirtschaftslage in Bayern während des Monat November weiter verschlechtert. Bei den Arbeitsnachweisstellen wurden nur 25 000 offene Stellen angemeldet, während allein die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden 39 449 beträgt.

Kurzarbeit in der Schuhindustrie. Infolge der letzten scharfen Preissteigerungen auf dem Ledermarkt macht sich eine weitere Einschränkung in der Schuhherstellung bemerkbar. Fast alle Schuhfabriken hatten bereits Kurzarbeit eingeführt. Nun stockt die Nachfrage im Kleinhandel so erheblich, daß weitere Produktionseinschränkungen vorgenommen werden.

Aus der Partei

Erhöhung der Parteibeiträge

Der Zentralvorstand Berlin-Brandenburg beschloß, den Mitgliedsbeitrag für Groß-Berlin auf 70 Mark wöchentlich für arbeitende Mitglieder mit einem Stundenlohn von über 200 Mark festzusetzen, also einen Monatsbeitrag von 350 Mark zu erheben; für arbeitende Mitglieder mit einem Stundenlohn unter 200 Mark wöchentlich 40 Mark, also monatlich 200 Mark, für Hausfrauen pro Woche 10 Mark, für Erwerbslose zwei Marken à 10 Mark.

Neue Druckschriften

„Das Proletarische Kind", 1. Heft des 3. Jahrganges ist erschienen. Aus dem Inhalt: Zum Beginn des dritten Jahres. — Etwas über die Behandlung revolutionsgeschichtlicher Stoffe in der Kindergruppe von ij. — Russische Kinderzeichnungen von G. G. L. — Aus der Praxis für die Praxis. — Feier des 3. September in der Kinderstadt der 3. Internationale. — Eine sozialistische Arbeitsschule in Turkestan. — Arbeiterkinder werden auf die Straße gesetzt. — Deutschnationale Parteiarbeit unter den Arbeiterkindern von Oskar Hübner. — Zu den Thesen der 1. internationalen Konferenz der Kindergruppenleiter von ij. — Arbeiterregierung und Schule von Urbanus. — Die Schulkindbewegung in den kapitalistischen Ländern von K. S. — Außerdem Notizen über Kinderleend, Kindergruppen, Eltern- und Lehrerbewegung. — Literaturbesprechung. — Genossen, lest und verbreitet „Das Proletarische Kind" in seinem neuen Lebensjahr!

„Bilderzeitung". Der gute Erfolg, den der Verlag der Jugend-Internationale mit der Herausgabe der „Bilderzeitung" zum 5. Jahrestag der russischen Revolution hatte, veranlaßt ihn, eine zweite derartige Zeitung herauszugeben, die dem Gedächtnis Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gewidmet sein wird. Der Preis für die ungefähr zwölf Seiten starke Zeitung wird zirka 80 bis 100 Mark im Straßenhandel betragen. Ein Teil des Ertrages wird dem Liebknechtfonds überwiesen. Auf diesen Preis erhalten Bezirksleitungen und Gruppen einen Rabatt. Da der Preis um so niedriger wird, je höher die Auflage ist, erwarten wir Bestellungen bis spätestens 5. Januar 1923, später eingehende Bestellungen können nur soweit berücksichtigt werden, wie noch Exemplare vorhanden sind.

Zur Beachtung!

Die Zeitschriften „Der Kommunistische Gewerkschafter", „Die Kommunistin", „Die Kommune" erscheinen ab 1. Januar 1923 im Verlag der Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Abteilung Zeitschriften. Alle Mitteilungen, die den Versand ab Januar betreffen, sind an die Adresse Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Abteilung Zeitschriften, Berlin S 48, Friedrichstraße 225, zu richten. Die „Internationale" erscheint ab 1. Januar weiter im Verlag der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H.

Die Abrechnung der noch zu bezahlenden Rechnungen, einschließlich der Dezember-Rechnungen, hat unverzüglich auf das Postscheckkonto von Frankes Verlag, Berlin 115 551, zu erfolgen.

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H.
(Frankes Verlag), Berlin SW 61.

Vom Tage

Krebse fürs Volk!

Unter dieser Ueberschrift schreibt Paulus Potter im Berliner Lokal-Abendblatt:

Die Zeitungen berichten, daß in der Gegend von Naumburg nach vielen Jahren zum ersten Male wieder Krebse in der Saale aufgetaucht seien. Und zwar sollen diese Krebse in solchen Massen erschienen sein, daß man denkt, demnächst mit dem Krebsfang in großem Stile beginnen zu können.

Das ist endlich eine freudige Nachricht, an deren Tatsache allerdings die Menschen unschuldig sind. Wenn schon die Mitmenschen kein Einsehen mit unserer Not haben, so scheinen es doch die Tiere zu besitzen — und so kommen die gutmütigen Krebse zu uns und bringen uns unerwartet sich selbst als Nahrung dar. Was als fast unbezahlbare Delikatesse nur dem reichen Schlemmer zu genießen möglich war, kann jetzt jedermann der pesen und Stu. Wenn er acht Stunden gearbeitet hat, in Muße dem behaglichen Zerknacken, Auskauen und Auskratzen der appetitlichen, rotgesottenen Tiere hingeben.

An der Saale hellem Strande liefern nun nicht mehr nur Burschen stolz und kühn, sondern auch viele Fischer, welche einfach Netze aus Land ziehen, voll von ineinander verhedderten Krebsen. Wie Kartoffeln und Gemüse werden nun in großen Körben die Krebse auf den Markt kommen; ein neues billiges Volksnahrungsmittel. Wenn auch nicht Kaviar, so doch Krebse fürs Volk!

Bekanntlich sind die Krebse am schmackhaftesten in den vier Monaten ohne r, also in der Sommerzeit. Es erscheint nun befremdlich, daß die Krebse in der Saale gerade während der Monate mit r, aufgetaucht sind, so daß wir uns noch bis zum Frühjahr gedulden müssen . . . vorausgesetzt, daß die Krebse keine Enten sind und nicht bis zum Mai so weit sprichwörtlich rückwärts gegangen sind, daß man sie ganz vergeblich suchen wird. Wie dem auch sei, es ist Hoffnung auf ein neues Volksnahrungsmittel: Krebse fürs Volk!

*

Da lese ich folgende Handelsnachricht: „Die bekannte Im- und Exportfirma Schiebowitz Wucherow hat sich einem Herstellungszweig zugewandt. Sie hat den gesamten Krebsfang in der Saale gepachtet und sich mit der Weißblechfabrik Dosina fusioniert. Schon im Frühjahr werden sich am Saaleufer einige neue Fabrikgebäude erheben, in denen die Mengen der gefangenen Krebse sofort zu Konserven verarbeitet und in eben dort gefertigte Büchsen geschlossen werden. Leider werden diese, übrigens recht teuren Konserven-Krebse nur zum geringen Teil unserer Bevölkerung zukommen, da bereits große Abschlüsse der genannten Firma mit dem Ausland getätigt worden sind."

Silvesternacht in Berlin. Nach einer WTB.-Nachricht hatten die Berliner Rettungswachen in der Silvesternacht sehr viel zu tun. Viele Verletzte mußten verbunden werden. Einige Personen mußten die Silvesterstimmung mit dem Tode büßen. Von einem Polizisten wurde ein Arbeiter „in der Notwehr" erschossen. Ein Polizist ertrank bei einem Rettungsversuch. Ein Knabe wurde durch künstlich in der Hosentasche explodierende Knallkörper schwer verletzt. In seiner Charlottenburger Wohnung wurde ein 66jähriger Schneider durch einen Raubmörder ums Leben gebracht.

Selbstmordversuch des „Ehrenobermeisters" Rahardt. Wie erst jetzt bekannt wird, hat der zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilte frühere Ehrenobermeister Karl Rahardt nach der Urteilsverkündung im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch unternommen. Er versuchte sich mit seinem Rasiermesser die Pulsadern aufzuschneiden, wurde aber von einem Gefängniswärter an der Ausführung seines Planes verhindert.

Aus der Provinz

Menschewistischer Schwindel in neuer Auflage

Die USPD. als Verbündete der Faszisten

In einer Faszistenversammlung in Leipzig hat der Referent behauptet, daß eine Anzahl „Kommunisten" zu den Faszisten übergetreten seien. Dieser ganz offenbare Schwindel ist für unsere USPD.-Leute natürlich ein gefundenes Fressen, gegen die verhaßten Kommunisten wieder mal (und das ist täglich mindestens ein paar Mal) vom Leder zu ziehen, obwohl ihnen bekannt ist, daß gerade die Kommunisten die schärfsten Gegner der Faszisten sind. Die Kommunisten haben von Anfang an der Faszistengefahr die nötige Aufmerksamkeit geschenkt und auch positive Vorschläge zum Schutze der Arbeiterschaft gemacht. Das wissen die USPD.-Leute, und trotzdem versuchen sie, uns mit den Faszisten gemeinsam in einen Topf zu werfen. Die Kommunisten möchten wir einmal sehen, die zu den Faszisten übergelaufen sind! Wie aber steht es mit der USPD. in dieser Frage? Ist es nicht schon bezeichnend genug, daß ausgerechnet in Leipzig, wo schon die frühere USPD. eine starke Stellung einnahm, eine Faszistenversammlung stattfinden konnte, ohne daß die USPD. etwas dagegen unternahm! Bekämpft man so die Faszisten, daß man ihre propagandistischen Versammlungen duldet und dann gegen die — Kommunisten wettert? Oder ist die USPD. in Leipzig nach der Vereinigung so „stark" geworden, daß sie sich nur noch in blödem Geschimpf gegen die Kommunisten ergehen kann? Das hallische „Volksblatte" druckt nun den Knatsch, den die Leipziger Volkszeitungsclique darüber schreibt, quietschvergnügt ab und verweist dabei auf die hallischen Stadtverordnetenversammlungen, um zu zeigen, wie „engverbunden sich die beiden Flügel fühlen", d. h. die Faszisten und die Kommunisten. Ach nee! Wie steht es denn damit? Werden dort nicht stets alle kommunistischen Anträge gemeinsam von den „Faszisten" und „Sozialdemokraten" niedergestimmt? Gewiß kommt es auch vor, daß bei Abstimmungen die äußerste Rechte mit der äußersten Linken sich zusammenfindet, dann aber aus verschiedenen Gründen. Wenn aber die Rechte mit der USPD. gegen die Kommunisten sich zusammenschließt, dann ist der Hauptgrund, die Kommunisten niederzuhalten, weil sie beinah gleichgefährlich werden könnten. Der Hinweis auf die hallischen Stadtverordnetensitzungen ist also völlig verfehlt; der Pfeil fällt auf von Schützen zurück.

Ebenso verhält es sich mit einem weiteren Hinweis des „Volksblätte" auf die letzte Tagung des Provinziallandtages, wo Genosse Paulicke erklärt haben soll (bei welcher Gelegenheit denn?), wenn er die Wahl hätte zwischen einem Deutschnationalen und einem Sozialdemokraten, dann würde er ohne Bedenken für einen Deutschnationalen stimmen. Einfach schrecklich! Wie brav sind dagegen doch unsere tapferen USPD.-Leute, die nicht lagen, sondern einfach tun! Wie war es denn im letzten Provinziallandtag? Haben nicht die USPD.-Vertreter für den Naumburger Faszistengeneral Eindiu gestimmt und ihn neben ihren Beims auf den Präsidentenstuhl gesetzt? Sie wählten also lieber einen Faszisten statt den Kommunisten, der von unserer Seite vorgeschlagen war! Zu was also die Kommunistenhatz? Glaubt man denn, die Leser hätten das so schnell vergessen? Doch weiter: es wird noch behauptet, bei der Bürgermeisterwahl in Bürgel habe ein Deutschnationaler durch seine Stimmabgabe dem Kommunisten zum Siege verholfen; der Kommunist Bernstein sei mit 6 von 11 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden. Der USPD.-Kandidat Parteisekretär Schulz (Naumburg) hat nur fünf Stimmen erhalten. Einen Beweis können die Herrschaften für ihre Behauptung natürlich nicht antreten; wir könnten ebensogut behaupten, ein USPD.-Mann habe für unseren Kandidaten gestimmt, weil dieser ihm behälftiger erschien. Denn Schulz scheint nicht weit her zu sein, wie man so zu sagen pflegt; überall hat er sich schon beworben und nirgends ist er angekommen. Jetzt endlich haben sich seine Parteigenossen für ihn verwandt (um ihn endlich loszuwerden) und der sächsischen USPD.-Regierung „empfohlen", die ihn daraufhin als „Regierungsrat" nach Annaburg berufen hat. Sonst wäre er heute noch „Parteisekretär" in Naumburg.

So stehen die Dinge, und das „Volksblättle" hat durchaus keinen Anlaß, über die Kommunisten zu zetern. Man soll hübsch bei der Wahrheit bleiben, wenn man selbst genug Dreck am Stecken hat. Das ganze Getue hat ja nur den Zweck, die eigenen Schandtaten zu verdecken; es erübrigt sich deshalb ja wohl, weiter darauf einzugehen, da die Arbeiterschaft immer mehr erkennt, wer in Wirklichkeit ihre Interessen energisch vertritt. Wer mit den Stinnesleuten Arbeitsgemeinschaftspolitik betreibt, kann nie und nimmer Arbeiterinteressen vertreten. Wer aber bereit ist, mit den Ausbeutern des Proletariats zu paktieren, der ist auch bereit, mit dem Faszismus ein friedliches Abkommen zu schließen, wie die italienischen Sozialverräter es getan haben. Leipzig zeigt den Anfang hierzu.

Schiedsspruch in der anhaltischen Metallindustrie

Bedingte Annahme durch die Unternehmer

Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes wird geschrieben: Der Schiedsspruch vom 20. Dezember 1922 mit Geltung vom 16. bis 31. Dezember ist vom Verband Anhaltischer Metallindustrieller bereits abgelehnt worden. Gleichzeitig gab jedoch genannter Verband eine Erklärung ab, daß er die Lohnsätze des Spruches anerkennt und zur Auszahlung bringt. — Veranlassung der formellen Ablehnung sei die Bestimmung über Vorarbeiter. Auch hier ist nicht die Lohnhöhe die Ursache des Konfliktes, sondern der Industriellenverband will einer klaren Definierung des Begriffes Vorarbeiter aus dem Wege gehen. — Trotzdem der Schlichtungsausschuß dem Industrieellenverband durch die Fassung des Spruches Brücken baute, werden diese nicht betreten. Der Konflikt wird allmählich auf die Spitze getrieben. — Die Arbeitnehmerorganisationen werden zum letzten Male bei den Januar-Verhandlungen eine Verständigung suchen. Die vom Schlichtungsausschuß zum zweiten Male gefällte Fassung der Position „Vorarbeiter" ist in dieser Form annehmbar und muß es sein. Scheitert der Verhandlungsausschuß so lehnen die Gewerkschaften schon heute jede Verantwortung für die kommende Entwicklung der Dinge ab.

Die Metallindustriellen beginnen sich zu bewegen. Die Verbandsbureaukratie verkriecht sich vor dem Offensivgeist der Kapitalistenklasse und wollen „zum letzten Male" eine „Verständigung" suchen.

Der neue Steuerabzug

Der Steuerabzug vom Arbeitsverdienst ist erst dann vorzunehmen, wenn die Gehalts- oder Lohnauszahlung höher ist als

Monat	14 tägl.	wöchentl.	tägl.	2 stündl.	für
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
12 000	5 760	2 880	480	120	Ledige oder Verwitwete ohne Kinder
14 000	6 720	3 360	560	140	Verheiratete ohne Kind
22 000	10 560	5 280	880	220	Verwitwete mit 1 Kind
24 000	11 520	5 760	960	240	Verheiratete mit 1 Kind
32 000	15 360	7 680	1280	320	Verwitwete mit 2 Kindern
34 000	16 320	8 160	1360	340	Verheiratete „ 2 „
42 000	20 160	10 080	1680	420	Verwitwete „ 3 „
44 000	21 120	10 560	1760	440	Verheiratete „ 3 „
52 000	24 960	12 480	2080	520	Verwitwete „ 4 „
54 000	25 920	12 960	2160	540	Verheiratete „ 4 „
62 000	29 760	14 880	2480	620	Verwitwete „ 5 „
64 000	30 720	15 360	2560	640	Verheiratete „ 5 „
72 000	34 560	17 280	2880	720	Verwitwete „ 6 „
74 000	35 520	17 760	2960	740	Verheiratete „ 6 „
82 000	39 360	19 680	3280	820	Verwitwete „ 7 „
84 000	40 320	20 160	3360	840	Verheiratete „ 7 „
92 000	44 160	22 080	3680	920	Verwitwete „ 8 „
94 000	45 120	22 560	3760	940	Verheiratete „ 8 „
102 000	48 960	24 480	4080	1020	Verwitwete „ 9 „
104 000	49 920	24 960	4160	1040	Verheiratete „ 9 „
112 000	53 760	26 880	4480	1120	Verwitwete „ 10 „
114 000	54 720	27 360	4560	1140	Verheiratete „ 10 „

Vorstehende steuerabzugsfreie Gehalts- oder Lohnteile gelten ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes für jeden Arbeiter. Wenn der Verdienst nicht höher ist als vorstehende Sätze, darf der Steuerabzug nicht vorgenommen werden. Erst vom Ueberbetrag dieser Sätze hat der Arbeitgeber 10 vom Hundert einzubehalten. Mehr als 10 vom Hundert dürfen nicht einbehalten werden. Die einzubehaltenden Beträge sind bei monatlicher, 14täglicher oder wöchentlicher Auszahlung auf volle Mark, bei täglicher Auszahlung auf volle 50 Pfennig und bei stündlicher Auszahlung auf volle 10 Pfennig nach unten abzurunden. Danach ist, wenn nach Abzug obiger steuerfreier Beträge bei monatlicher, 14täglicher oder wöchentlicher Auszahlung weniger als 10 Mark übrigbleiben, auch kein Steuerabzug vorzunehmen. Dasselbe gilt, wenn bei täglicher Auszahlung weniger als 5 Mark und bei stündlicher Auszahlung weniger als 1 Mark übrigbleiben sollte.

Wer nachweisen kann, daß die Werbungskosten (Mehrbeträge für Arbeitskleidung, Arbeitsgerät und Fahrgeld für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, einschließlich aller gesetzlichen Abzüge für Versicherungsbeiträge) höher sein sollten als 120 000 Mark jährlich, so kann vom Finanzamt auf besonderen Antrag der steuerabzugsfreie Teil dann erhöht werden, wenn die Gesamtwerbungskosten höher zu stehen kämen als 130 000 Mark jährlich. Auf die hauptsächlichen einzelnen Jahresteile gerechnet, wäre also ein Erhöhungsantrag zu stellen, wenn die Gesamtwerbungskosten höher wären als monatlich 10 850 Mark, 14täglich 5200 Mark und wöchentlich 2600 Mark. Bei Arbeitern, die neben dem Barlohn noch Naturalbezüge haben, sind letztere zum Barlohn hinzuzurechnen und dann erst obige steuerabzugsfreie Beträge abzusetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0003

Eisenbahnboykott der „Grube Ilse"

Warum Ebert nach der Niederlausitz fuhr?

Eine sonderbare Kunde wird uns aus Senftenberg (N.-L.) zugetragen:

Die große Braunkohlengesellschaft „Grube Ilse" war mit der Eisenbahndirektion Frankfurt a. d. O. angeblich wegen eines Anschlußbahnhofes in Streit geraten. Da die Eisenbahndirektion sich ablehnend verhielt, ließ es die Werksdirektion auf eine Machtprobe ankommen, indem sie eine große Anzahl Lastautos mit Anhängern teils kaufte, teils mietete und den ganzen Sommer über die gesamte Produktion einer Brikettfabrik per Achse nach Berlin transportierte. Die Entfernung von Senftenberg bis Berlin, Anh. Bahnhof, beträgt 134 Kilometer. Die Fracht für 200 Zentner Briketts kosteten im Juni 2200 Mk., im Juli 2750 Mk., im September 4180 Mk., im Oktober 13 200 Mk., im November 19 900 Mk. und im Dezember 49 700 Mk. Nehmen wir an, daß täglich auf diese Weise 60 bis 70 Wagen Briketts weggingen, so beläuft sich der Frachtausfall für die Eisenbahndirektion auf mindestens 200 Millionen Mark. Dieser Schlag, der der Eisenbahn versetzt worden war, war dann auch so niederschmetternd, daß eines Tages der Reichspräsident auf der „Grube Ilse" erschien und um gut Wetter bat.

Wenn dieser Fall sich tatsächlich so zugetragen hat (und wir haben erst Grund daran zu zweifeln, wenn uns die „Ilse" das Gegenteil beweist), so zeigt er auf's klarste, welche Machtstellung das Grubenkapital besitzt und mit welcher Streuellosigkeit es vorgeht.

Man muß sich wundern, daß die Eisenbahndirektion so leichtfertig eine Frachteinnahme von 200 Millionen Mark schwinden läßt. Während sich der Reichsverkehrsminister aus Sparsamkeitsgründen mit dem Gedanken trägt, Zehntausende von Unterbeamten und Arbeitern zu entlassen, läßt man sich hier eine Einnahme von 200 Millionen Mark entgehen. Kein Wunder, wenn die Reichsfinanzen immer schlechter werden. Sollte es nicht möglich gewesen sein, diese Beträge der Reichseisenbahn zuzuführen? Vielleicht beschäftigt man sich „höheren" Orts einmal mit diesen Dingen und untersucht die Frage, wer von beiden jener Teile es war, der den anderen über's Ohr hauen wollte.

Der Umsturz naht ...

Diese Worte bilden heutzutage den Refrain der meisten Gespräche, die die Arbeiter auf politische Themen führen. So schließt nicht etwa nur ein kommunistischer, aber ebensowenig ein sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter seine Betrachtungen über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, und in ähnliche Worte klingt auch die — sei es wehmütige, sei es sehnsüchtige — Ueberlegung eines kaufmännischen Angestellten, eines Unterbeamten. Ganz abgesehen davon, wie sich der eine oder andere das „Nähere" an diesem Umsturz vorstellt, ja, ob er sich überhaupt welche Gedanken über das „Nähere" macht, ist diese immer wieder von allen Seiten kommende Behauptung jedenfalls ein Ausdruck der breitesten Bevölkerungsschichten beherrschenden Stimmung, die dem Bewußtsein entspricht, daß der jetzige, immer sich verschlimmernde Zustand der wirtschaftlichen und politischen Knechtung dieser Schichten weiter unerträglich ist.

Stimmungen, auch wenn sie ganze Klassen beherrschen, sind nichts anderes als Gefühle, entsprechen also der bloßen Einwirkung der Außenwelt auf die Menschen, wenn sich diese passiv verhalten. Erst durch die aktive Entwicklung auf die Außenwelt entsteht das Denken, das Erkennen: indem die Menschen auf die Außenwelt einwirken und sie verändern, verändern sie sich selbst.

So hängt die Erkenntnis des „Näheren" an dem allgemein gefühlten nahenden Umsturze, vor allem von der Aktivität des einen oder des anderen Teils der Massen ab, von der Einstellung dieser Massen im Produktionsprozeß, im sozialen Leben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß dieses „Nähere", dieses „Drum und Dran" so oft auch von Arbeitern völlig mißverstanden wird. Hört man doch nicht selten von den Arbeitern: „Ja, der Umsturz kommt bald, aber zuerst wird die Reaktion siegen, dann erst kommt die Arbeiterschaft ans Ruder." Diese Einstellung ist die typische Einstellung von Menschen, die die Dinge „an sich herankommen lassen", statt Abwehr nur Verzweiflung bereit haben. Die Nichtaktivität dieser Klassengenossen ist gleichbedeutend mit dem Mangel an Erkenntnis. Dies bedeutet, daß solche Klassengenossen nur diejenigen gesellschaftlichen Erscheinungen sehen, die unmittelbar auf sie zukommen, daß sie sonst mit ruhenden Armen und geschlossenen Augen der wachsenden Klassenspaltung, der Formierung der beiden einander feindlichen Klassenfronten entgegenstehen. Sie sehen nicht, wie in bisher nie dagewesener Weise auf der einen Seite Reichtum, Luxus, Ueberfluß entstehen, wie auf der anderen unsägliches Elend sich auf die Massen verbreitet. Sie sehen nicht, wie die sozialen Zwischenstufen des Mittelstandes verschwinden, wie die politischen Mittelparteien an Boden verlieren, eben weil der Umsturz so nahe ist. Sie sehen dies nicht, weil sie abseits stehen.

Und so verstehen sie nicht, daß der nahende Umsturz kein zufälliger, kein beliebiger ist, daß es der Umsturz ist, der der steigenden Proletarisierung, der wachsenden Konzentration der Arbeiterklasse entspricht, daß es einzig und allein der Umsturz der sozialen Revolution sein kann. Sie verstehen nicht, daß Deutschland kein Italien ist, daß hier der Sieg des Faszismus nur über die Leiche der Arbeiterschaft schreiten könnte, daß er auf lange Zeit die Arbeiterbewegung erwürgen würde, daß ein Versuch des reaktionären Umsturzes der Beginn des erbittertsten Bürgerkrieges wäre.

Und so, rein gefühlsmäßig pessimistisch eingestellt, trotten sie solange dahin, bis auch für sie die Zeit reift, der äußere Druck sie in die Reihen der kämpfenden Arbeiter zwingt, auf der einen oder auf der anderen Seite der Front, sie zu Soldaten macht, der einen oder der anderen Armee des letzten, entscheidenden Gefechts.

Delitzsch. Schrecklicher Tod. Ein tödlicher Unglücksfall trug sich in der Zuckerfabrik zu. Der 18jährige Arbeiter Otto Schäfer erkletterte eine Leiter und stürzte von dieser in einen darunterstehenden, unter Feuer gehaltenen Kessel, wo er verbrühte. Erst nach dessen Ablassen konnte er als Leiche geborgen werden.

Wolfen. Bei der Arbeit verunglückt. In der Anilinfabrik verunglückte ein bei einer Baufirma beschäftigter Zimmerer aus Zerbst tödlich. Derselbe wollte eine zerbrochene Fensterscheibe durch ein Brett abdichten, trat hierbei fehl und fiel zirka vier Meter tief auf die untere Abdeckung. Er hinterläßt Frau und fünf unmündige Kinder.

Zehnitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Gestern stürzte auf dem Gelände der Agfafarbenfabrik in Wolfen ein Zimmermann aus Zerbst im Abmontieren von einer vier Meter hohen Bühne herab und fiel hierbei mit dem Kopf so unglücklich auf einen hervorstehenden Schraubenkopf, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Bedauernswerte hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder.

Eisenburg. Fraktion der kommunistischen Bauarbeiter. Am Mittwoch, dem 3. Januar, abends 7½ Uhr, in der „Quelle" sehr wichtige Fraktionssitzung. Parteibuch legitimiert.

Staßfurt. Achtung, Metallarbeiter! Die am 9. Dezember stattgefundene Wahl der Ortsverwaltung zum DMVB. ergab eine kommunistische Stimmenmehrheit von 40. Nach erfolgter Wahl bezeichnete der MSPD.-Mann Gericke, daß keine Büchserkontrolle vorgenommen sei. Der Protest gegen die Wahl, der nun erfolgte und zu dem man die Unterschriften aus der ganzen Umgebung Staßfurts zusammenholte, hatte zur Folge, daß die Wahl von der Bezirksleitung für ungültig erklärt wurde. Achtung, KPD.-Metallarbeiter! Die Neuwahl findet am Sonntag, dem 7. Januar, vormittags 10 Uhr, statt. Unsere Fraktionssitzung dazu am 5. Januar, abends 7½ Uhr, im „Bofäger". Bücher mitbringen. Alle Mann an Bord! Der Fraktionsvorsitzende.

Theater und Konzerte in Halle

Stadttheater.

Robert und Bertram.

Am Sonnabend ging die alte Posse wieder einmal über die Bretter. Wir haben es hier mit der Schilderung zweier eingefleischter Zuchthausbrüder vom Stamme „Nimm und Haben" zu tun, denen es bis zum Schluß des Abends immer wieder gelingt, der Polizei auf irgendeine Art zu entwischen. Dank einer glücklichen Erfindung hat sich dieses Werk schon vor 75 Jahren beim Publikum beliebt gemacht. Die Musik verwendet meistens bekannte Volkslieder und Opernmelodien und wirkt mitunter ganz originell. Wer einmal lachen will, aber nur demjenigen, rate ich, hinzugehen. „Weiter hat's eben keinen Zweck!"

Die Neueinstudierung war sorgfältig vorbereitet und bot teilweise Ausgezeichnetes. Die Herren Tiedemann und Helling in den beiden Titelrollen sorgten stets für die nötige Heiterkeit. In größeren Rollen waren noch beschäftigt August Rösler als Gefängniswärter Strambach, Martha Kolb als Michel und Olga Georg als Rösel. Die zahlreichen kleineren Rollen waren angemessen besetzt. Leo Schönbach als musikalischer Leiter hatte keine besonderen Schwierigkeiten zu lösen. ch.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 7½ Uhr, geht Gerhart Hauptmanns Märchendrama „Die versunkene Glocke" in Szene. Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, Weihnachtsmärchen „Wie Klein-Elze das Christkind suchen ging", Mittwoch und Sonntag, abends 7½ Uhr, „Der Rosenkavalier", Donnerstag „Maria Stuart", Freitag und Sonnabend „Robert und Bertram", Montag „Der Wettlauf mit dem Schatten", Schauspiel von Wilhelm von Scholz.

Weihnachtsmärchen-Vorstellungen: „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging", am Montag, dem 1. Januar, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend nachmittag 3½ Uhr.

Freie Volksbühne. Spielage: Mittwoch, 3. Januar: „Rosenkavalier" (C); Donnerstag, 4. Januar: „Maria Stuart" (M).

Filmnachrichten

UT.-Lichtspiele, Alte Promenade. „Lucrezia Borgia", ein gewaltiges historisches Filmwerk, in dem die besten Schauspieler vertreten sind, zeigt das wechselvolle Treiben der Parteien in Italien, die Kämpfe zwischen Nobilität und Populus, zwischen Aristokratie und Papsttum, bis schließlich die Borgias, ein mächtiges Geschlecht, die Adelsherrschaft vernichten und dadurch dem brutalen Alexander VI. dazu verhelfen, den Kirchenstaat wieder aufzurichten. Ein furchtbares und blutiges Regiment setzt ein. Alles wurde aus dem Wege geräumt. Dem Gottmischer gehört die Stunde. Blutgeruch drängt zu einer gewaltsamen Lösung. Und sie kam. — Das riesige Filmwerk ist nach der Geschichte geschaffen. Mit seinen sieben Akten ist es einer der glänzenden Erfolge der deutschen Kinotechnik. Der Besuch dieses Films kann nur empfohlen werden.

Mitglied des Allgemeinen Konsum-Vereins Halle und Umgegend

muß jeder klassenbewußte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden. Es gilt, das Privatkapital zu bekämpfen, der Ausbeutung durch Zuchthaus- und Heimindustrie entgegenzuwirken. Deshalb erwächst für jeden die Pflicht, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu unterstützen.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Merchenteldstr. 14. Fernruf 1474. — Postscheckkonto Leipzig 107 01. Artur Sämtisch, Bezirkssekretär. Geschäftszeit Täglich 5 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Komm. Metallarbeiter aller Betriebe, Obleute u. Vertrauensleute. Mittwoch, den 3. Januar, abends 7½ Uhr, in der „Urbatitz-Genossenschaft" **Wichtige Zusammenkunft.** Kassierer und Vorstand ½6 Uhr früher. Parteibuch und Mitgliedsbuch des DMVB vorzeigen — Achtung! Außerdem Fraktions-Vorstand Dienstag, um 6½ Uhr im „Gewerkschaftshaus": Zusammenkunft.

Kreis Wittenberg.

In folgenden Orten finden Oeffentliche Versammlungen mit dem Thema „Die politische Lage und die Kreistagswahlen" statt:

Radis. Mittwoch, den 3. Jan., abends 7½ Uhr, im Gasth. Rep.: Reichstagsabgeordneter Gen. Wilh. Koenen.

Gustsch. Mittwoch, den 3. Jan., abends 7½ Uhr, im Gasth. Volkmar. Ref.: Gen. Wessel, Pratau.

Saxdorf. Mittwoch, den 3. Jan., abends 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Gen. Behnke, Wittenberg.

Wiesenkt. Mittwoch, den 3. Jan., abends 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Gen. Plüttner, Wittenberg.

Uthmühlen. Mittwoch, den 3. Januar, abends 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Gen. Boisdorf, Wittenberg.

Rotta. Mittwoch, 3. Jan., abs. 7½ U. im Gasthof. Referent: Gen. Chemnitz, Wittenberg.

Ateritz. Mittwoch, 3. Jan., abds. 7½ U. im Gasthof. Referent: Gen. Fritz Müller, Wittenberg.

Thießen. Mittwoch, den 3. Jan., 8 U. im Gasthof. Referent: Gen. Bassümer, Piesteritz.

Selbitz. Mittwoch, 3. Jan., abds. 7½ U. im Gasthof. Ref.: Gen. Schippa, Halle.

Presch. Donnerstag, 4. Jan., abds 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Gen. Lehmann, Zahna.

Euper. Donnerstag, 4. Jan., abends 7½ Uhr, im Gasthof. Ref.: Genosse Hilgers, Piesteritz.

Rudersdorf. Donnerstag, 4. Jan., abds. 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Ulrich Rogg, Wittenberg.

Schmiedersdorf. Donnerstag, d. 4. Jan., abds 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Hildebrand, Wittenberg.

Guiest. Donnerstag, den 4. Jan., abds 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Loewig, Wittenberg.

Braunsdorf. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7½ Uhr im Gasthof. Referent: Genosse Bassümer, Piesteritz.

Teuchel. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7½ Uhr, im Gasthof. Ref.: Genosse Borsdorf, Wittenberg.

Merkwitz. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Schippa, Halle.

Reinsdorf. Donnerstag, den 4. Jan., abds. 7½ Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Fritz Müller, Wittenberg.

Kreis Bitterfeld.

Bitterfeld. Mittwoch, 3. Jan., abends 7 Uhr, im „Fürst Bismarck": Mitgliederversammlung. Ref.: Genosse Joh. Hofer, Halle.

Kreis Delitzsch.

Gießen. Donnerstag, 4. Jan., abends 7 Uhr, in Raues Gasthof: **Sitzung aller Kommunalvertreter.** Referent Landtag. abg. Gen. Otto Kilian.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Streng reell, konzessioniert!

Gold-, Silber-, Platin-

Buch,

Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte,

sowie

sämtliche Gegenstände in Edelmetall

kauft 2

Hugo Lahl, Gr. Ulrichstraße 51.

Eingang C.-T.-Lichtspiele, Hof rechts.

Wittenberg

Von der Reise zurück

Dr. Busse, Piesteritz.

Geschäftsstelle und Redaktion Klassenkampf

für Wittenberg-Schweinitz und Zorgau-Liebenwerda.

Wittenberg,

Zurstenstraße 11

Telephon 329.

Ard.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Ortsgr. Wittenberg. Mittwoch, den 3. Januar 19.3, abds. 7 Uhr, bei Freudenberg: **Versammlung.** 2

Mandolinen-Verein „Askania", Kleinwittenbg.-Piesteritz. Jeden Freitag im „Schützenhaus": **Uebungsstunde.** 3 Schülerabteilung.

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt dies, bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": **Singestunde.**

Anträge zur bevorstehenden General-Versammlung sind spätest bis Mittwoch, den 3. Jan., beim Vorstand einzureichen.

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerst., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Stadth. Weidenpl. Dienstag 4—6 Uhr: Frauengruppe; 6 U.: Kinder-gruppe; Leiter: Heim, Weidenplan. Gruppe Nord: Heim, Weidenplan. Gruppen ab Süd fällt aus. Mittwoch: Neue Mitglieder. Abs. Gem. abds. 7 Uhr, i. Heim, Weidenpl. Donnerstag: Jugdgruppe i. Heim, Weidenplan.

Freitag: Zahlabend, Fahrten-sprech. Sonnabend, abends 7½ Uhr, i. „Volkspark", Kartellsimm.: Gesamtgeselligkeit, Goethe-Abend. Anschließend: Gemütl. Beisammensein. Instrumente mitbringen.

Sonntag: Tagesfahrt n. Lauchstedt.

Zentralv. proletar. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Nächste Versammlung am 9. Januar 1923, in d. Großen Genossenschaft.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zetchensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: **Uebungsstunde.**

Sonnabend, 6. Jan., in „Stadt Dresden" General-Versammlung.

Protest. Kultur-Vereinig. Halle. Lokal: „Lüder Berg". Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, i. „Lüder Berg": **Kindergruppe.** Donnerstag, 8 Uhr, in „Lüderich Berg": Uebungsstunde der Bühne u. Zusammenkunft all. Mitglieder.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Jed Dienstag, im d. Martinschul Chorlotterie, Zim 16 **Uebungsstunde** u. ärztlicher Leitung.

Arb.-Schwimmverein. Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. **Uebungsstunden:** Mittwoch, d. 3. Jan., v. 8-9 Uhr. Damenabteilung. Donnerstag, 4. Jan., von 7-10 Uhr Schüler- und Männerabteilung. Am 2. Jan. 1923 in d. Prod.-Genossenschaft. Wicht. Vorstands-Sitzung. Am 6. Jan. 1923 in d. Prod.-Genossenschaft. Generalversammlung.

Komm. Arb.-Jugend. Ortsgr. Halle a. S. Jo Montag, 1/4 8 U.: Zusammenkunft d. Funktionäre. Jeden Donnerstag, in d. Schillerschule Gruppenabend. Wichtiger anderer Organisation. sind willkommen. Der Ortsrat.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Fintzgartenstraße 15.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.

Allg. Arbeiter-Gesang (Arb. Sänger-Org.). Heute, Dienstag Funktionärsitzung. Jeden Freitag, von ½9 bis ½10 Uhr, im „Volkspark": **Kassenstunden.**

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Jed. Montag, v. 4½ b. 7½ Uhr: Mandolinenkunde. Dienstag, d. 2. Jan., nachm. 6½ Uhr, in d. Lerchenfeldstr. 14: Vorstandssitzung. Freitag, d. 5. Jan., nachm. 4 Uhr, i. d. Lerchenfeldstr. 14: Oeffentliche Mitglieder-Versammlung. Thema: Kinder-Gruppen und -Heime in Sowjetrußland. Ref.: Genosse Schumann. Sammelliste bei Genoss. Robert u. Werner abrechnen.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 7—9 Uhr. Heute, Dienstag: Turnen in den bekannt Turnhallen. Mitgliedskarten f. vorzuzeigen. Mittwoch: Funktionärsitzung. Erscheinen ist Pflicht. Donnerstag, Gruppe Süd: Gruppenabd. — Mandolinenstunde.

Sportkl. 1909 Berensst.: Zur Mühle. Lockenge 24. Uebungsstunde i. d. Johannesschule. Montag, Schülerabteilg.: Von 6 bis 7 Uhr. Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Donnerst., Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Versammlung: Jed. Sonnabend nach d. 1. im Monat.

Kröbwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröbwitz Berensst. Lindenwirt. Gesangs-Abteilung. Sonnabends von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Kinder-Mand.-Abt. Jeden Donnerstag von 5—6 Uhr.

Denkt an die „Rote Hilfe"!

Stadt-Theater Mittw. u. Donnerst. nachmitt. 3½ Uhr: Wie Klein-Else das Christkind suchen ging. 1 Mittwoch, abends 7½ Uhr: Der Rosenkavalier. Donnerstag abend: Maria Stuart.

Platin-Gold-Silber-Zahngebisse Brillanten kauft zu reell. Preis **Willi Meyer,** Gr. Märkterstr. 3, II. L. Geöffnet 7 b. 9 Uhr.

Brieftaschen 1 Ia. Leder, billigst **Schmeerstr 19,** Federnschmiererei-Spezial-Geschäft.

Das Gesicht d. herrschenden Klasse. Polit. Zeichnungen von George Groß. In Buchform Preis z. Zt. 450.—

Prod.-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Abteilung: Bez.-Zentralbuchhandlung **Halle (Saale),** Lerchenfeldstraße 14.

Gold-, Silber-, Platinbruch kauft ständig zu höchst. Tagespr. **Emil Poenitsch jr.,** Marktplatz 13 Ecke Talamstr.

Berlin. Bekleidungs-Industrie Fabrikniederlage Halle, Alter Markt 3, empfiehlt: 3 **Anzüge, Paletots, Hosen, Arbeiter-Bekleidung** en détail en détail zu Fabrikpreisen.

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung

Wegen Verbeibung des Hausierhandels bis auf weiteres empfehle ich von heute an einen frischen Transport 4 **prima Läufer- und Futter-Schweine**

O. Bruchhardt, Trotha, Straße 4. Tel. 3569

Zeitungsverkäufer für „Das Wort" sofort gesucht. Zu melden im Verlage, Lerchenfeldstraße 14.

Eisleben.

Unserer werten Kundschaft von Eisleben und Umgegend ein 1 **frohes Neujahr!** Bäckermeister Fritz Gericke u. Frau.

Werbt für den Klassenkampf

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Hofmeister, verh., Leutearbeiter, verh., Gutsschmied, verh., Schäfer, verh., Schweizer, verh.

b) Offene Stellen: Verwalter, led., Schweizer, led.

Gewerbliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Arbeiter, jüngere u. ältere, Bäcker, Chauffeure, Dachdecker, Buchhalter und Kontoristen, Lithograph, Maurer, Sattler, Schneider, Schriftsetzer, Tischler, Zimmerleute.

b) Offene Stellen: Kupferschmelzer

Abteilung für Lehrlinge.

a) Stellensuchende: (Antritt Ostern 1923) Bureaulehrling, Gärtner, Schlosser, Pferdepfleger, auch nach auswärts.

b) Offene Stellen: Nach Eisleben: Bäcker, Buchhändler, Buchdrucker, Drogist, Gärtner, Holzbildhauer, Kaufmann Klempner, Konditor, Kupferschmied, Maler, Schneider, Tischler. Für sofort: Elektromonteure Nach auswärts, mit Kost und Wohnung: Bäcker, Buchdrucker, Friseur, Maler, Schmiede, Tischler.

Weibliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Arbeiterinnen, Bureaugehilfinnen, Krankenpflegerin, Plätterin, Stütze i. Land, Wirtschafterin.

b) Offene Stellen: Aufwartungen, Aufwaschmädchen, tagsüb., Dienstmädch., Hausmädchen für Gut, Frau f. Bureauleinigen, Kochlernende von 18 Jahren, Kontoristin, jüngere, nicht Anlängerin, Mädchen für Stallarbeit, Mamsell für Gut, perf. Stenotypistin, Stubenmädchen, perf. in Servieren, Wirtschafterin. 2

Bekanntmachung.

Wegen weiterer Verteuerung der Gestehungskosten sehen wir uns gezwungen, den Preis für das aus den städtischen Wasserleitung entnommene Wasser vom 1. Januar 1923 an um 40 Mk. für je cbm zu erhöhen. Die Mindestgebühr für jeden Haushalt und Monat beträgt 40 Mk. Vom gleichen Zeitpunkte an ist der Meisbetrag für Wassermesser für einer Leitung von 13 mm Rohrdurchmesser an 15 Mk., von 20 mm Rohrdurchmesser auf 20 Mk., von 25 mm Rohrdurchmesser auf 25 Mk., von 50 mm Rohrdurchmesser auf 75 Mk. je Vierteljahr festgesetzt. Eine weitere Erhöhung des Wasserzinses mit Rückwirkung vom 1. Januar 1923 müssen wir uns vorbehalten, da unsere Gestehungskosten noch nicht bekannt sind.

Eisleben, den 21. Dezember 1922.

3 **Der Magistrat.**

Sonntag, den 31. Dezember 1922 nachm. 2½ Uhr, entschlief nach längerem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, der Meister

Wilhelm Köhler

im Alter von 57 Jahren. 4

Dies zeigen schmerzerfüllt an Sangerhausen, d. 2. Januar 19.3

Emilie Köhler geb. Burreh nebst Kindern u. Angehörigen.

Beerdigung, Mittwoch nachmittag 3 Uhr v. Trauerhause, Kirchberg 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 2. Januar 1923.

Nach dem Jahreswechsel

Erratenes und Erlauschtes aus der Neujahrsnacht

Von Conny

Beim Oberpräsidenten

Der Oberpräsident war nicht zu sprechen. „Exzellenz ist", wie der Diener unter geheimnisvollen Andeutungen erklärte, „für Besuche zu empfangen unpäßlich."

Beim Vizebürgermeister

Das alte Jahr hätten wir hinter uns. Im Balancieren habe ich schon etwas raus. Aber vor dem kommenden Jahre graut es mir doch! Den bankrotten Stadtsäckel habe ich bisher noch immer durch massenhaft entdeckte Steuerquellen stopfen können. Aber jetzt ist es damit zu Ende. Die ganzen Weihnachtstage habe ich überlegt und überlegt, was man noch besteuern könnte. Alles vergebens! Die Aussichten für das kommende Jahr sind jedenfalls sehr mies. Und da soll man noch „Prosit" rufen!? Nun sollen noch Gemeindewahlen im Frühjahr kommen! Severing möge uns davor behüten! Mit der jetzigen Zusammensetzung läßt sich noch arbeiten. Was dann aber, wenn die Kommunisten zu einer starken, vielleicht zur ausschlaggebenden Partei werden? Dann würde das eintreten, was ich bisher immer verhütet habe und im Bunde mit Deutschnationalen, Demokraten und Sozialdemokraten verhüten konnte. Nämlich: den Besitz anzufassen. Am besten, ich laß alles laufen wie es läuft . . .

Bei einem Pfarrer

Als ich anklopfen wollte, hörte ich Gläserklingen. Prost Neujahr, Marie! So, nun küss' mich! — Aber, Hochwürden, Sie riechen ja so nach Schnaps! Wenn uns jemand so sehen würde, und der liebe Gott sieht doch alles! Marie, werde nur heute nicht sentimental; heute ist Silvester, Prost! Trennung der Kirche vom Staat? Quatsch! Wir lassen uns nicht trennen! Wir gehören zusammen, nicht wahr, Marie? Na, Prost! Und nun wollen wir das Licht ausdrehen . . .

Bei einem Gutsbesitzer

Prost Neujahr! Glück braucht uns niemand zu wünschen! Wir haben genug Glück! Für's kommende Jahr haben wir schon gut vorgesorgt. Kartoffeln sind eingemietet, die Scheuern sind voll Getreide. Und wenn die Städter nicht bezahlen, was wir verlangen, nun, so mögen sie verhungern. Das mit der Valuta ist doch eine feine Sache! Früher haben wir nichts davon gewußt. Aber heute! Heute kann man uns Bauern nichts mehr vormachen. Steigt der Dollar, so steigen auch die Preise, fällt er, so behalten wir unsere Waren zurück und die Preise steigen weiter. Geld haben wir nun nachgerade genug. Wo das hinführen soll, das weiß ich auch nicht! Aber wir müssen uns an die Beschlüsse des Landbundes halten. Die haben wahrscheinlich noch etwas vor. Na, Alte, laß mal noch ein paar Bullen für unseren Gast aus dem Keller holen und mach ihm ein ordentliches Paket zurecht. Es kommt ja jetzt nicht darauf an. Na, dann Prost! . . .

Bei einem Fabrikanten

Es klingelt am Neujahrsmorgen. Zwei ärmlich gekleidete Kinder mit hungrigen Augen treten ein und fangen an zu singen: „Glück und Segen . . ." Hier, habt Ihr eine Mark, nun schert Euch raus. Schon am frühen Morgen läßt einem das Pack keine Ruhe. Wenn sie mit dem Geld nicht auskommen, nun so sollen sie mehr arbeiten, zehn oder zwölf Stunden. Selbst die Gewerkschaftsführer haben gegen eine längere Arbeitszeit nichts mehr einzuwenden. Sie ist doch nun einmal nötig im Interesse einer Mehrproduktion. Ohne Mehrarbeit werden wir nicht zurechtkommen. Die Arbeiter müssen eben noch mehr Opfer bringen im nächsten Jahre. Oder wir bekommen den Bolschewismus! Und davor warnen selbst die Gewerkschaftsführer . . .

Bei einem Schieber

Markstabilisierung! Unmöglich! Wird sie stabilisiert, so wird Deutschland konkurrenzunfähig. Die Folge würde eine große Arbeitslosigkeit sein. Wer hat daran ein Interesse? Vielleicht die Regierung!! In Deutschland sind so viele fremde Devisen, daß der Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen auf viele Jahre hinaus gedeckt werden könnte, ohne daß die Notendruckpressen in Bewegung gesetzt zu werden brauchten. Die Regierung weiß das auch. Warum faßt sie nun nicht zu . . .?

Bei einem Hausbesitzer

Sozialisierung des Hausbesitzes? Diese alten sozialdemokratischen Forderungen sind Gott sei Dank überwunden. Wir sind ja selbst überrascht. Aber heute stimmen selbst die Sozialdemokraten immer mit den Bürgerlichen, soweit es sich um die Erhaltung des Hausbesitzerstandes handelt. Eigentlich sind wir ja überflüssig; denn wir sind im wahrsten Sinne des Wortes Schmarotzerexistenzen. Die Mieter müssen die Häuser selbst erhalten und uns noch obendrein ernähren. Warum sollen wir das nicht annehmen . . .?

Bei einem USPD.-Redakteur

Es war gut, daß der Zusammenschluß kam. Wir paar anabhängige Bonzen hingen ja in der Luft. Es war uns gleich, wohin wir gingen. Zu den Kommunisten und dort tatsächlich kämpfen? Nein! Bei der SPD. besteht doch immer noch die Aussicht, an eine Staatsfutterkrippe zu kommen. Und außerdem hat man jetzt auch als Redakteur ein auskömmliches Gehalt. Die Stipendien von Stinnes kommen einem doch schließlich auch zugute. Man drückt dann schon zwei Augen zu und zeigt sich ebenfalls erkenntlich. Wenn die Kommunisten uns das Geschäft nicht verderben, wir halten es schon aus und haben darum auch kein Interesse an einer Aenderung des Kurses . . .

Bei einem Gewerkschaftsführer

Gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik sind nur Dummköpfe und irregeleitete Arbeiter. Und wenn dies auch die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist, so machen wir eine Gewerkschaftspolitik, wie sie uns paßt. Mit den Unternehmern werden wir schon fertig. Die geben schon mal etwas nach und wir noch viel mehr. Nur die bösen Kommunisten, die uns in unserer friedlichen Ruhe stören wollen, müssen aus den Gewerkschaften hinaus. Wieviel Forderungen wir aufstellen werden? Das wird abhängen von den außenpolitischen Verhältnissen; doch glaube ich, daß es in diesem Jahre mehr werden als im vorigen. Der Cuno-Regierung werden wir die Zähne zeigen. Wir werden unsere Fragen nochmals stellen und dann werden wir ganz energisch — protestieren und die Mitglieder der freien Gewerkschaften auffordern, sich weiter geistig zu schulen.

Bei einem Schupobeamten

Prost Neujahr! Der Teufel hole das ganze Schieber- und Schlemmergesindel! Wir hungern und sollen diese vollgefressenen Nichtstuer noch schützen, damit sie nicht gestört werden bei ihrem Luderleben. Eine wirklich komische Welt! Wir sind Proletarier und müssen mit ihnen hungern. Wenn unsere Klassengenossen demonstrieren, dann heißt es: scharfe Munition mitnehmen und: rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machen . . . Ich habe diese Komödie satt. Mag die Geldsäcke schützen, wer will. Ich weiß, wohin ich gehöre. Prost, Proletarier, Klassengenossen!

Bei einem Faszisten

Wir können und werden auf die Sozialisten keine Rücksicht nehmen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns! In Italien haben wir einen Mussolini und in Deutschland einen — Winnig und last not least unsern Noske . . .

Beim Antisemiten

Ich verstehe das nicht: Prosit Neujahr! Weshalb rufen die Europäer das? Bei uns in Asien verschmäht der schafslüsterne Wolf derlei Phrasen. Wirklich komische Menschen, diese Europäer . . .

Der Neujahrswunsch der Faszisten

Die Provokateure an der Arbeit

Der Polizeipräsident teilt mit:

Gestern abend gegen 11.30 Uhr erfolgte eine Sprengung am Kaiser-Wilhelm-Denkmal (Poststraße). Durch die Explosion wurde die Moltke-Figur zertrümmert. Desgleichen wurden in der näheren Umgebung einige Fensterscheiben beschädigt. Kurz vorher hatte ein weiterer Sprengungsversuch an der Villa Lehmann in der Burgstraße stattgefunden. Auch hier wurden Fensterscheiben und die Fassade des Hauses leicht beschädigt. Ein dritter, weiterer Sprengungsversuch an der Denkmalsäule beim Stadtschützenhaus wurde durch den mittlerweile einsetzenden verstärkten Sicherheitsdienst der Schutzpolizei vereitelt. Die dabei aufgenommene Verfolgung der vermutlichen Täter blieb bisher ohne Erfolg. Wir verweisen auf den Artikel der ersten Seite.

Neujahr in Halle

Wie alljährlich, so wurde auch diesmal das neue Jahr mit großer Feste, mit viel Toff und Krakehl begonnen. Die Lokale waren überfüllt, der Trubel auf dem Marktplatz und den Hauptstraßen wie immer in der Silvesternacht. Natürlich waren die Schieber- und Schlemmerlokale das Ziel der Sorte Menschen, die ihr Geld mühelos verdienen. Tausend Mark und noch mehr wurden für einen Stuhl in diesen Lokalen gefordert und trotzdem war kein Stuhl zu haben. Das Straßenleben war noch lebhafter als früher.

Unsere hochwohllöbliche Polizei war in dieser Nacht besonders rege. Wenn auch diesmal nicht, wie im vorigen Jahre unter der Aegide des Herrn Dölz die Sipo auf Autos mit schußbereiten Karabinern durch die Straßen jagte, so sorgte Herr Runge, der den Kölner Karneval kennt, doch dafür, daß durch ein Massenaufgebot von Sipo-Leuten die Bevölkerung auf der Straße beunruhigt wurde.

Das Polizeikommando schien ausnahmsweise besonnene Leute zum Dienst auf den Marktplatz kommandiert zu haben. Mit einzelnen Ausnahmen trugen die Beamten der Stimmung der Bevölkerung Rechnung. Und so hot denn der Marktplatz das alljährlich gewohnte Bild, bis eine Patrouille der berittenen Abteilung erschien. Als sich die Masse in der Großen Ulrichstraße staute, ritt diese Patrouille rücksichtslos in die Menge hinein; selbst auf dem Bürgersteig waren die Einwohner vor den Huftritten der Sipo-Pferde nicht sicher. Warum ritten die Berittenen in die Menschenmenge? Wollte man provozieren? Jedenfalls löste das Vorgehen der Beamten berechtigte Empörung aus.

Die berittene Abteilung hat sich schon öfters als rücksichtslose Truppe gezeigt. Sie ist eine Gefahr für die Bevölkerung und für — die Republik. Herr Runge sollte, was Dölz bisher vermieden hat, hier endlich einmal durchgreifen und entweder die Hundertschaft auflösen oder die völlig ungeeigneten Beamten entfernen. Wenn diese Beamten Reiterkunststückchen machen wollen, so können sie dieses draußen, wo sie keinen Menschen gefährden, ausüben, nicht aber in den Straßen Halles.

Die Sonnenwendfeier unserer Jugend

Die kommunistische Jugend und Kindergruppe hatten Proletariereltern und Kinder zur Sonnenwendfeier für Freitag abend nach dem „Volkspark" eingeladen. Viele waren dem Rufe gefolgt. Ein kleines Mädchen, Weihnachtsbesuch aus Schwaben, hatte wie ich, keinen günstigen Sitzplatz mehr gefunden und mußte über drei Stunden lang stehen. Ich fragte: Bist Du müde? „Nein," meinte sie leuchtenden Auges, „es ist sehr schön." Und leuchtende Augen — nicht nur bei den Kleinen — sah man ringsum und schön war es wirklich. Vielleicht tat man wiederum zu viel des Guten. Immer und immer wieder fragten die kleinen Burschen und Mädels: „Wann kommt denn das Theaterstück" und „Hoffentlich ist es nicht so kurz und dauert recht lange!" Man merkt das enorme Interesse unserer Jugend am Theater und konstatiert traurigen Herzens, daß der Besuch eines richtigen Theaters den meisten unserer Kinder versagt ist. G. Schumann brachte in seiner Ansprache fest zum Ausdruck, was unserer Jugend alles vorenthalten bleibt. „Für Alle auf Erden müsse ein Weihnachten sein, sowie es eine Erdensonne gibt. Es darf nicht mehr sein, daß Weihnachten nur die feiern, die unsere Armut reich macht!" —

Der Glaube ist die schlimmste Bürde,
Das beste Gut die Wissenschaft,
Die Arbeit ist die höchste Würde
Die uns erlöst durch unsere Kraft.
Er kommt in rußigen Gewanden,
Der Retter, der die Hölle zwingt,
Der Heiland ist noch nicht erstanden,
Der in die Welt die Freiheit bringt.

Die alten, den Pariser Arbeitern gewidmeten Verse Ludwig Pfaus, vorzüglich gesprochen von der kleinen Frieda Pfund, wurden gestern wieder lebendig. Ihr und den andern jugendlichen Vortragenden ward reicher Beifall. Nur beim Theaterstück traf die Befürchtung meiner jugendlichen Umgebung ein: Es war zu kurz; die Handlung sprung- und lückenhaft. Trotz alledem wahre Herzensfreude, Sonnenwendfeierstimmung ward gestern jung und alt zuteil. Manch' ältere Proletarier hört ich beim Verlassen des „Volkspark" vor sich hersummen: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit". Des stillen Arbeiterpoeten Dichtung rückt näher und näher der Wahrheit:

Schon pflanzt der Geist der Ueberwinder
Der Zukunft großen Weihnachtsbaum,
Um den die Völker einst wie Kinder
Sich sammeln unterm Himmelsraum.
O Weihnacht! Wenn er ob den Landen
Die riesgen Lichterkräfte schwingt,
Dann ist der Heiland auferstanden,
Der in die Welt die Freiheit bringt.

Hu.

Eine Kreiskonferenz des Saalkreises

fand am Sonntagvormittag in der „Produktiv-Genossenschaft" statt, die zum Bezirks- und Reichsparteitag Stellung nahm. Genosse Schumann gab zuerst einen fast dreistündigen Bericht vom 4. Weltkongreß. Wegen des Raummangels sind wir leider nicht in der Lage, einen Auszug aus seinen äußerst interessanten Darlegungen zu geben. Wir müssen die Ortsgruppen auf die Berichterstattung der Delegierten verweisen. Die Ortsgruppen jedoch, die nicht vertreten waren, müssen in Zukunft selbst dafür sorgen, daß sie bei solch wichtigen Konferenzen vertreten sind. Unter dem Punkt „Organisatorisches" teilte Genosse Oertel die Zahl der Delegierten zum Bezirks- und Reichsparteitag mit, die auf den Saalkreis entfallen. Wegen der vorgerückten Zeit wurde der letzte Punkt der Tagesordnung fallen gelassen.

Weihnachtsfeier der Sozialrentner

Am Mittwochabend fand im kleinen Saale des „Volkspark" eine Weihnachtsfeier der Sozialrentner Halles, soweit sie im Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands zusammengeschlossen sind, statt. Fast sämtliche Mitglieder und viele Angehörige und Freunde waren erschienen. Dem Verband war es gelungen, größere Mittel aufzubringen, die er als Weihnachtsgaben unter seine Mitglieder verteilte. Außer Gebrauchsgegenständen konnte jedem Mitgliede eine Geldsumme zur Verfügung gestellt werden.

Die alten Männer und Frauen, denen zu Hause kein Weihnachtsbaum brannte, denen keine festlich gedeckte Tafel winkte, konnten für einige Stunden ihr Elend vergessen. Der erste Vorsitzende, Schoenlank, wies in einer kurzen Ansprache auf die Aufgaben des Verbandes hin. Er zeigte den zurückgelegten Weg, die bereits errungenen Erfolge, und die künftigen Leitgedanken, die durchgekämpft werden müßten, soll das traurige Los der Sozialrentner für immer gebessert werden. Der Fürsorgestelle für Sozialrentner in Halle und all denen, die sich um das Wohl der Invaliden bemühten, wurde der wärmste Dank ausgesprochen. Die Feier machte auf alle Beteiligten einen tiefen Eindruck.

* Den „Vereinigten" gelingt es trotz des großen Lärms, den die Parteibureaukraten bei allen Gelegenheiten machen, nicht mehr, so dicht zu halten, daß man draußen von ihrer Bedeutungslosigkeit nichts merkt. Täglich könnten wir aus vielen Artikeln in ihrem hallischen Blättchen solche Besonderheiten zusammenlesen, in denen sie selbst den Schwindel über ihre „Stärke" demonstrieren. In der Sonnabend-Ausgabe werden die Kinder aufgefordert, die bei der Weihnachtsbescherung nicht anwesend waren, ihre Geschenke abzuholen. Wir wollen hierbei noch besonders bemerken, daß die Geschenke in der Hauptsache von hallischen Geschäftsleuten stammen. Auch ein Beitrag zum Kapitel: Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Es muß um eine Partei schon sehr schlecht stehen, wenn sie nicht einmal ihre Geschenke an bedürftige Kinder los wird. Die Kommunistische Partei hatte auch eine Sonnwendfeier veranstaltet. Der Saal war überfüllt. Aber leider reichten die Geschenke nicht aus, um all die hungrigen und traurigen Augen voll zu befriedigen. Für die Kinder von bedürftigen Kommunisten halten die Geschäftsleute auch die Taschen zu . . .

* Weitere Sammlungen für die Anilinarbeiter gingen ein von der Bauhütte Martinstraße 9 der Aktiengesellschaft für Bauausführung 2485 Mk.; durch Raue bei der Möbelfabrik Kroppenstädt (auf Liste 81 753) 1450 Mk.; durch Genossen Walter bei einem Vergnügen des Hallischen Fußballklubs „Teutonia" 2785 Mk.; von den Putzern der Firma Magdeburg [illegible] erste Rate 5830 Mk., zweite Rate 8250 Mk., von der Belegschaft der Gummiwarenfabrik [illegible] erste Rate 8870 Mk., zweite Rate 12 030 Mk.; vom Werkstattpersonal des Städtischen Straßenbahndepots I 1833 Mk.; von der Belegschaft des Solpenwerkes, Abteilung Peißen, 16 000 Mk. (zwei Raten von je 8000 Mk.); von der Belegschaft des Allgemeinen Konsumvereins wurde am Sonnabend eine dritte Rate im Betrage von 17 440 Mk. nach Berlin gesandt.

* Die Kommunistische Kindergruppe hält am Freitag, dem 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Genosse Georg Schumann spricht über die Kindergruppen und -heime in Sowjet-Rußland. Nichtmitglieder sind zu dieser Versammlung eingeladen.

* Bei der Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes wurden von den freien Gewerkschaften fünf, die Genossen Kleemann, Günther, Karl Müller, Hanelt und Apel, und von den christlichen Gewerkschaften ein Vertreter gewählt.

* Ein Ausstellungsraum für hallische Kunst. Auf einen Antrag des Ausstellungsausschusses der hallischen Künstlerschaft hat die Universitätsverwaltung den Raum der ehemaligen Garnisonkirche, Domstraße 5, dem Ausschuß mietweise überlassen. Damit hat ein lange gefühltes Bedürfnis der hallischen Künstlerschaft nach einer ständigen Ausstellungsgelegenheit seine Befriedigung gefunden. Es steht nun bei den Künstlern Halles, diese Gelegenheit ausgiebig zu benutzen, durch Ausstellungen ihrer Werke das Interesse der Allgemeinheit wachzurufen. Anmeldungen wegen der Benutzung des Raumes sind zu richten an Herrn Dipl.-Ingenieur Schramme, Salzgrafenstraße 3.

* Keine Not. In der Nacht zum Sonnabend wurde in einem Keller, Advokatenweg 4, eingebrochen und 40 Flaschen Wein gestohlen. Einer der Täter konnte hierbei festgenommen werden.

* Vom Schlachtfelde der Arbeit. Am 7. Dezember gegen 10 Uhr vormittags fiel, wie wir bereits berichtet haben, der Arbeiter Hermann Knorre, Belfortstraße 7 wohnhaft, beim Ziehen der Wasserabsperrvorrichtung an der Herrenmühle in die Saale und kam unter die Wasserräder der Mühle. Seine Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

* Brand in einem Kino. Am Freitagabend wurde die Feuerwehr durch Feuermelder nach dem Biophon-Theater gerufen, wo durch Zerreißen eines Filmes der obere Teil desselben in Brand geraten war. Die von der Feuerwehr und Baupolizei früher getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bewährten sich vorzüglich. Das Publikum konnte infolge des sofortigen selbsttätigen Abschlusses der Oeffnungen zwischen dem Vorführungsraum und Zuschauerraum unbelästigt von Rauch und ohne Gefahr im Zuschauerraum bleiben.

* Vermißt. Wie schon bekanntgegeben, wird der Polizeiwachtmeister Wilhelm Marquardt von der Revierhauptmannschaft Süd seit der Nacht zum 21. Dezember vermißt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Marquardt befand sich in Zivilkleidern, dunkelblauem Jacketanzug, grauem Ueberzieher aus Militärstoff, schwarzen Schnürschuhen und grünlichem weichen Hut. Bei sich führte er einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild. Er ist 24 Jahre alt, von kräftiger Gestalt, dunkelblond, hat Anflug von blondem Schnurrbart und vollständige Zähne. Da sich Marquardt bei Vorgesetzten und Kameraden des besten Ansehens erfreute, auch in durchaus geregelten Verhältnissen lebte, ist sein Beschwinden ganz unerklärlich. Personen, die irgendwelche Angaben zur Aufklärung der Sache machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei in Halle, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38, zu melden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Arbeitereltern, abonniert für Eure Kinder die Arbeiter-Kinderzeitung, den „Jungen Genossen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Klerisei

37] Roman von Nikolaus Leskow

Zwölftes Kapitel

„Bah! Bah! Bah! Was bedeutet denn das?" fragte er die Bizjukina und rieb sich die verschlafenen Augen.

„Ach, gar nichts, das ist ein dummer Mensch, der früher bei uns verkehrte", antwortete sie und ließ den Lehrer los.

„Weshalb soll er denn jetzt hinausgeworfen werden? Was hat er denn getan?"

„Nichts, gar nichts", sagte Prepotenskij.

Termosejow sah ihn an und fragte:

„Wer sind Sie denn?"

„Der Lehrer Prepotenskij.

„Wodurch haben Sie die Dame verletzt?"

„Durch nichts, durch gar nichts."

„So kommen Sie her, ich will Sie versöhnen."

Prepotenskij kam sofort zurück.

„Weshalb nennen Sie ihn eigentlich dumm?" fragte Termosejow die Hausfrau und hielt dabei den Lehrer an beiden Händen fest. „Ich kann es nicht finden."

„Ja, versteht sich, Sie können mir glauben, ich bin gar nicht dumm," sagte Warnawa lächelnd.

„Ganz richtig, und das Verhalten unserer Frau Wirtin Ihnen gegenüber kann ich nicht billigen. Aber zum Zeichen der Versöhnung soll sie uns Tee geben. Ich trinke gern ein Glas Tee, wenn ich geschlafen habe."

Daria Nikolajewna ging hinaus, um den Tee zu bestellen.

„Na, und Sie, Herr Lehrer, nehmen Sie Platz und plaudern wir ein bißchen. Ich sehe, Sie sind ein guter Kerl, mit dem sich leben läßt", begann Termosejow, als er mit Warnawa allein war, der ihn in fünf Minuten in sein ganzes trauriges Schicksal daheim und draußen eingeweiht hatte. Nichts wurde vergessen, weder die Mutter, noch die Totengebeine, noch Achilla, noch Tuberozow, bei dessen Namen Termosejow seine Aufmerksamkeit verdoppelte. Endlich erzählte der Lehrer auch noch von der Vormittagsschlacht des Diakons mit dem Kommissar Danilka.

Bei diesem Bericht räusperte sich Termosejow, klopfte Prepotenskij auf das Knie und sagte leise:

„Also, Herr Professor, ich beauftrage Sie hiermit, mir morgen früh diesen Kleinbürger unbedingt herbeizuschaffen."

„Den Danilka?"

„Ja, den der Diakon beleidigt hat."

„Das ist ja eine Kleinigkeit."

„Also her mit ihm!"

„Morgen in aller Frühe ist er hier."

„Recht so. Sie sind ein Prachtkerl, Prepotenskij!" lobte ihn Termosejow, und da in diesem Augenblick die Hausfrau wieder eintrat, wandte er sich an sie: „Hören Sie, er gefällt mir ausnehmend, und wenn er mich mit dem Popen Tuberozow bekannt macht, so nenn' ich ihn einen ganz klugen Kopf."

„Ich kann ihn auskaschen und rate Ihnen nicht, seine Bekanntschaft zu machen", stammelte Warnawa, „denn Sie es aber für nötig halten ..."

„Es ist sehr nötig, lieber Freund."

„Sie kommen Sie heute mit zum Abendessen beim Polizeichef, dort werden Sie unsere ganze Gesellschaft kennen."

„Ach, ich geh überall ..." „Aber ich muß doch eingeladen sein."

„Ach, das ist ganz leicht zu machen", fiel ihm der Lehrer ins Wort. „Ich werde sofort zum Polizeichef gehen und ihm im Namen von Daria Nikolajewna mitteilen, sie bäte um Erlaubnis, abends ihren Petersburger Gast mitzubringen."

„Prepotenskij, komm in meine Arme!" rief Termosejow, und als der Lehrer aufstand und auf ihn zuging, küßte er ihn. Dann drehte er ihn linksherum und sagte: „Geh und handle!"

Stolz und seines Ruhmes nun, völlig sicher, nahm Warnawa seine Mütze und ging. Nach einer Stunde, die Termosejow dazu benutzt hatte, der Bizjukina klarzumachen, daß man keinem Dummkopf merken lassen dürfe, für wie dumm man ihn halte, kam der Lehrer mit der Botschaft zurück, Porochonzews wären sehr erfreut, die Herrschaften heute abend bei sich zu sehen.

„Und was den Kleinbürgern Danilka betrifft, den Sie kennenlernen wollten", fügte er endlich hinzu, „so habe ich ihn bereits ausfindig gemacht. Er steht draußen vor dem Tor."

Termosejow belobte Warnawa nochmals für seine Findigkeit, stand auf und bat den Lehrer, ihn an irgendeinen stillen Ort zu führen, wo er ungestört mit Danilka reden könne.

Prepotenskij führte Ismail Petrowitsch in die leere Kanzlei des Akziseeinnehmers und stellte ihm dort den Kommissar vor.

„Guten Tag, Bürger", begrüßte ihn Termosejow. „Wie hat Sie der hiesige Diakon neulich morgens beleidigt?"

„Er hat mich gar nicht beleidigt."

„Gar nicht? Sagen Sie mir alles frei und offen, wie dem Popen in der Beichte, denn ich bin ein Freund des Volkes, kein Feind. Der Diakon Achilla hat Sie gekränkt?"

„Nein, er hat mich nicht gekränkt. Wir haben das schon unter uns erledigt."

„Wie kann man das erledigen? Er hat Sie doch am Ohr durch die Stadt gezerrt!"

„Was ist denn dabei? Das sind ja nur Dummheiten."

„Wieso Dummheiten? Eine Beleidigung ist es. Bedenken Sie, Bürger, er hat Sie am Ohr gerissen!"

„Es war aber doch nur Scherz. Darin finden wir keine Beleidigung."

„Wie, Bürger? Ist es möglich, so etwas nicht als Beleidigung anzusehen? Er soll es doch vor allem Volke getan haben!"

„Ja freilich."

„Da müssen Sie doch eine Klage einreichen."

„Wem denn?"

„Nun, dem Fürsten, der mit mir gekommen ist."

„Schon recht."

„Also wollen Sie klagen oder nicht?"

„Worauf soll ich denn klagen?"

„Er kann zu hundert Rubel Strafe verurteilt werden."

„Das stimmt."

„Sie sind also einverstanden. So ist's recht, Prepotenskij. Setz Dich und schreib, was ich Dir diktieren werde."

Und Termosejow diktierte eine Beschwerde an Bornowolokow, kurz, aber gehaltvoll; auch der Propst war darin nicht vergessen: er hätte der Lynchjustiz des Diakons Vorschub geleistet und dem Kläger sogar gesagt, daß die ihm zuerteilte Lektion wohlverdient gewesen.

„Nun unterzeichne, Bürger!" Und Termosejow stopfte Danilka die Feder gewaltsam in die Hand, aber der „Bürger" erklärte plötzlich, er wolle nicht unterschreiben.

„Was? Sie wollen nicht?"

„Nein, ich bin damit nicht einverstanden."

„Was soll das heißen? Teufel noch einmal! Erst schweißt Du, und nachdem man Dir die Beschwerde gratis aufgesetzt hat, willst Du nicht unterschreiben!"

„Nein, ich will nicht."

„Man soll Dir wohl noch einen Rubel geben, damit Du unterschreibst? Das ist zuviel verlangt, mein Lieber. Sofort unterschreibst Du!"

Termosejow packte den Widerspenstigen wütend beim Kragen und zerrte ihn zum Tisch.

„Ich . . . wie es Eurer Gnaden gefällt . . ., aber ich unterschreibe nicht", stotterte der Kleinbürger und ließ die Feder absichtlich fallen.

„Ich will Dich lehren! Wie's Eurer Gnaden gefällt! Und wenn es mir nun gefällt, Deiner Gnaden ein Dutzendmal in die Fresse zu hauen?"

Der Bürger fuhr entsetzt zurück und stammelte:

„Euer Hochwohlgeboren, erbarmen Sie sich, zwingen Sie mich nicht! Meine Klage wird doch zu nichts führen!"

„Warum nicht?"

„Ich hab' schon einmal klagen wollen, als der fürstliche Verwalter Glitsch mich mit Reseln auspeitschen ließ, weil ich auf die Wette des Polizeichefs hin sein Pferd stehlen wollte. Damals rieten mir alle ab. Klage nicht Danilka, sagten sie, denn dann kommt es zu einer großen Untersuchung, und dann sagen wir alle, daß Du längst schon in Sibirien sein müßtest. Ja, und ich kannte mich selber zu gut, um zu wissen, daß ich kein Recht mehr habe, meine Ehre zu verteidigen."

„Wie Du über Deine Ehre denkst, das kommt hier gar nicht in Betracht."

„Und die hiesigen Herren Beamten wissen auch . . ."

„Deine hiesigen Herren Beamten mögen wissen was sie wollen, wir sind aber keine hiesigen, wir sind aus Petersburg. Verstehst Du das? Aus der Residenz, aus Petersburg! Und ich befehle Dir: sofort unterschreibst Du, Du gottverdammtes Luder, ohne alle Widerrede, sonst . . . sonst fliegst Du auch ohne Untersuchung nach Sibirien."

Und der bärenstarke Termosejow drückte mit der Rechten die Hand und mit der Linken die Kehle des Kommissars so kräftig zusammen, daß Danilka im Nu rot wurde wie ein gekochter Krebs, und kaum noch hörbar röchelte:

„Um Gottes willen, lassen Sie mich los! Ich unterschreibe ja alles!"

Aechzend und hustend setzte er seine Krakelfüße unter das Gesuch. Termosejow steckte das Papier in die Tasche, hielt Danilka die Faust unter die Nase und sagte drohend:

„Bürger, wenn Du Dich irgendwie vor der Zeit verplapperst, daß Du Dich beschwert hast . . ."

Danilka, der immer noch hustete, machte nur eine abwehrende Bewegung mit der ganz erstarrten Hand.

„. . . Dann schlag ich Dir die ganze Fratze zu Brei, multipliziere die Wangen, subtrahiere die Nase und verwandle die Zähne in Brüche!"

Der Kleinbürger winkte mit beiden Händen ab.

„Jetzt hast Du aber genug gekrächzt! Allez, marchez zur Tür hinaus!" kommandierte Termosejow, schob den Hafen von der Tür zurück und gab Danilka auf der Schwelle einen so kräftigen Stoß, daß er über den an das Haus angebauten Hühnerstall hinwegflog und auf den warmen Rasen zu sitzen kam. Er sah sich nur noch einmal um, spuckte aus und rollte dann auf allen vieren zum Tor hinaus. Er hustete nicht einmal mehr.

Prepotenskij war von dieser Kraftprobe so entzückt, daß er laut applaudierte.

„Was fällt Dir ein?" fragte Termosejow.

„Sie sind stärker als Achilla! Jetzt brauch' ich ihn nicht mehr zu fürchten!"

„Das brauchst Du auch nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Wie lange noch?

Wie lange noch wird's dauern,
Wie lange noch seh'n wir's an,
Prolet, willst Du versauern,
Wirf ab den Knechtschaftsbann.

Der Schieber schwelgt und prallt,
Weiß nichts von Hungersnot,
Und Du vom Leben hast
Nur Sorg' ums täglich Brot.

Du gehst zerlumpt und bloß
In dieser kalten Zeit,
Bist oft noch arbeitslos,
Wem klagst Du nun Dein Leid?

Proletarier steht bereit,
Jetzt heißt's zusammenraffen,
Es wir die höchste Zeit,
Die Einheitsfront zu schaffen!

Franz Müller.

Der Spielplatz

Von Hermynia Zur Mühlen.

Ummi, der Marsbewohner, wurde von seiner heimatlichen Zeitung als ausländischer Korrespondent auf die Erde geschickt. Er flog durch die Luft, landete in einem prächtigen Park, sah vor sich einen weißen Platz, über den in der Mitte ein niederes Netz gespannt war. Auf beiden Seiten des Netzes hüpften bellgekleidete Männer und Frauen hin und her, schlugen auf einen kleinen weißen Ball los und lachten.

„Sind das Kinder?", fragte Ummi einen neben ihm stehenden Mann.

„Nein", erwiderte dieser erstaunt. „Sie sehen doch, daß es Erwachsene sind."

„Aber sie spielen?"

„Ja, sie spielen."

Ummi telegraphierte an seine Zeitung:

„Die Erde ist ein so herrlicher Stern, daß auf ihr sogar Erwachsene nicht zu arbeiten brauchen und schon am Morgen spielen können."

Dann ging er weiter und begegnete Mädchen und Knaben, die blaßgesichtig und müde aus einem großen Gebäude kamen.

„Woher kommt Ihr?", fragte Ummi.

„Aus der Arbeit."

„Wie, Ihr spielt nicht?"

Die Mädchen lachten laut. „Der ist wohl verrückt. Wir und spielen?! Wovon sollen wir denn leben?"

„Aber Ihr seid doch noch nicht erwachsen!"

„Wir sind Lehrlinge", erwiderte einer der Knaben.

Ummi betrachtete die jungen Menschen. „Ihr arbeitet und dort drüben spielen die Leute." Er griff sich an den Kopf. „Ich verstehe es nicht."

„Die dort drüben spielen, sind reiche Leute", erläuterte eines der Mädchen.

Aber Ummi hielt sich noch immer den schmerzenden Kopf, murmelte vor sich hin: „Starke gesunde Männer und Frauen spielen, Halbwüchsige schuften. Ich begreife das nicht."

Dann wankte er ins Telegraphenamt und telegraphierte seiner Zeitung:

„Erstes Telegramm nicht drucken. Erde scheint Narrenhaus zu sein."

Die Lehre von der Verjüngung

Vor zwei Jahren veröffentlichte Professor Steinach (Wien) eine Aufsehen erregende wissenschaftliche Arbeit über experimentelle Verjüngung, die seinen Namen und seine Methoden nicht nur weltbekannt machten, sondern auch Anlaß zu allen möglichen Uebertreibungen, Verallgemeinerungen und Ironisierungen boten. Wegen des Zusammenhangs der Verjüngungsergebnisse mit dem Sexualgebiete bemächtigte sich natürlich die gesamte Sensationspresse des „interessanten" Themas; unsere gesamten degenerierten „Kulturäußerungen", die Lustspielbühne, die Romanpresse, die Kinodarstellung und die Gassenhauerlyrik stürzten sich auf das gefundene Fressen. Selbstverständlich fehlte auch die kapitalistische „Auswertung der reinen Wissenschaft" nicht in dem Hexensabbat des Verjüngungsrummels.

Es war dem Verfasser dieser Zeilen in der Epoche der „Steinachhochflut" bereits klar, daß viele übertriebene Hoffnungen erst zu Grabe getragen werden müßten, und daß der ganze Wust von anfänglichen Uebertreibungen erst abgestoßen werden müßte, bevor man mit kritischem Maßstabe an die bleibenden Ergebnisse des Verfahrens herangehen könne. Waren doch bei vielen früher entdeckten medizinischen Methoden (siehe Tuberkulin, Salvarsan u. a. m.) erst nach Jahren die anfänglich geschwellten Hoffnungen auf ein bescheidenes, aber immerhin bleibendes Maß von Vermerkbarem zurückgeschraubt worden. Vor mehr als zwei Jahren schon hatte Verfasser Gelegenheit, die ersten in Deutschland nach dem Steinachverfahren operierten Menschen zu beobachten. Im Gegensatz zu der marktschreierischen Reklame, die allerorts für das Steinachverfahren einsetzte, waren die „Erfolge" mit den damals im Krankenhause Berlin-Moabit beobachteten „Verjüngten" sehr minimale. Wenn ich dennoch jetzt für die Leser unserer Presse über „Theorie und Praxis der Steinachschen Operation" einige Mitteilungen mache, so geschieht es darum, weil jüngst unter diesem Titel eine Abhandlung von Dr. Peter Schmidt, Berlin (Im Nikola-Verlag, Wissenschaftliche Abteilung, 1922) erschienen ist, die den heutigen revidierten und dennoch sehr bedeutsamen Stand der Verjüngungsforschung in einer auch für den Laien leicht faßlichen Weise wiedergibt, und weil ich aus einem Ergebnis eigener Beobachtung zu dem Schlusse gekommen bin, daß bei richtiger Auswahl der zu Operierenden das Steinachverfahren einer großen Bedeutung für die Gesellschaftsentwicklung nicht entbehrt.

Kommen wir zunächst zu den anatomisch-physiologischen Grundlagen des Verfahrens. Im menschlichen Körper befinden sich absondernde Organe (Drüsen), die ihre Produkte entweder nach außen oder nach innen absondern. Zu den ersteren gehören z. B. die Speichel-, Schweiß- und Talgdrüsen. Zu den letzteren u. a. die Schilddrüse (am Hals), die Nebennieren, die sowohl nach außen, als auch nach innen absondern. Dies sind vor allem die Geschlechtsdrüsen. Ihr äußeres Produkt sind die Samenkörperchen bzw. die Eier. Ihr inneres Produkt, ein sogenanntes „Hormon", das in vielfachen Wechselbeziehungen zu den Sekreten der vorher genannten inneren Drüsen steht. Während das Produkt der Schilddrüse (Thyreoidin) eine große Bedeutung für den Eiweiß-Stoffwechsel des Körpers hat, und die Absonderung der Nebennieren (Adrenalin) den Blutdruck reguliert, soll der nach innen abgesonderte Anteil der Geschlechts-(Pubertäts-)Drüse die Regulierung der Geschlechtsvorgänge leisten. Darüber hinaus soll diese Pubertäts-(Reifungs-) Drüse durch ihre Entwicklung und Rückentwicklung das Aufblühen und das Altern des menschlichen Organismus bedingen. Steinach hat zunächst an Tieren und dann an Menschen die alternde männliche Pubertätsdrüse zu neuem Wirken angeregt, indem er entweder den Samenstrang der einen Seite abband, wobei der nach außen abgesonderte Anteil der Drüse verödete, während der nach innen absondernde mächtig zunahm, oder indem er Keimdrüsen von fremden Individuen auf das „Versuchsobjekt" verpflanzte. Bei den Versuchstieren (Ratten) erreichte er nach seinen Schilderungen und nach beigefügten Photographien wirklich Erstaunliches, indem diese so verjüngten Tiere nicht nur bezüglich ihrer Fortpflanzungsfähigkeit, sondern auch hinsichtlich ihrer ganzen übrigen Körperbeschaffenheit (Aussehen, Appetit usw.), sich plötzlich wie viel jüngere Individuen ausnahmen. Aehnlich waren die Ergebnisse an drei von Steinach operierten Menschen. Nun veröffentlicht Dr. Peter Schmidt in seiner oben erwähnten Schrift die Ergebnisse von 24 durch ihn vorgenommenen Operationen an alten und frühzeitig gealterten Männern, und schildert die in den meisten Fällen auffallenden Besserungen von körperlichen und geistigen Alterserscheinungen, die am besten in dem Buch selbst nachzulesen sind.

Eine der natürlichen Abnützungsvorgänge im menschlichen Körper ist die Verhärtung der Schlagadern, die „Arteriosklerose". Auch am Herzen finden sich häufig bedrohliche arteriosklerotische Erscheinungen, z. B. eine Störung der Herzschlagfolge, die man nach den Namen von zwei Aerzten, die diese Krankheit zuerst beschrieben, als Adams-Stokesche Krankheit bezeichnet. Hierbei schlägt das Herz oft nur dreißigmal in der Minute und es kommen häufig Ohnmachtsanfälle vor. Einer unserer bekanntesten Parlamentarier litt an dieser schweren Krankheit, so daß ich ihm zu der Steinachschen Operation riet, die ich gemeinsam mit Dr. Wechselmann (Berlin) im April v. J. vornahm. Während vor der Operation der Patient fast täglich einen schweren Ohnmachtsanfall durchmachte, ist er während der seither verflossenen sieben Monate erfahrungsmäßig gänzlich frei von solchen Bewußtseinsstörungen geblieben, so daß seine Schaffenskraft ganz bedeutend gebessert ist.

Und hier erhebt sich für uns die wichtigste Frage, da uns die von bürgerlicher Seite in den Vordergrund geschobene Steigerungsfähigkeit des Geschlechtstriebes wohlhabender Lebegreise durchaus nebensächlich erscheint. Wird es möglich sein, wertvollen Menschen, die infolge übermäßiger körperlicher und geistiger Arbeit bei schweren Daseinsbedingungen früh gealtert sind, durch eine harmlose Operation ihre Energie und Schaffenskraft wiederherzustellen oder zu verlängern? Die vorliegenden Ergebnisse lassen durchaus Günstiges erhoffen. Die zweite Frage lautet: Wie vermeiden wir es, daß jeder zahlungsfähige Amüsiergreis sein Drohnendasein verlängert und wie erreichen wir es, daß wirklich nur für die Menschheitsentwicklung wichtige Persönlichkeiten des Vorzugs der Verjüngung teilhaftig werden? Professor Woronow, ein russischer Gelehrter in Paris, stellt diese zweite Frage als kategorische Bedingung zur Vornahme der Verjüngung. Die Antwort kann nur lauten: Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens aus der Hand plutokratisch bedingter „Privatärzte" auf die Organe der sozialisierten Medizin, auf die zukünftigen Aerzte der klassenlosen Gesellschaft.

Dr. Klauber (Berlin).

Sind Butter und Margarine gleichwertig? In den kürzlich stattgefundenen Verhandlungen des Preußischen Landesgesundheitsamtes über die Ernährungsfrage wurde eine Reihe von Leitsätzen beschlossen, von welchen einer besonders wichtig erscheint: „Margarine, Schweineschmalz, Pflanzenöl und daraus bereitete Produkte entbehren der Ergänzungsstoffe und sind dem Butter gehalt nicht gleichwertig". Damit ist nun auch von offizieller Seite ein Standpunkt anerkannt worden, den die Wissenschaft schon seit langem vertritt. Der Margarine fehlen die sogen. „Vitamine" oder Ergänzungsnährstoffe, die für den Körper ungeheuer wichtig sind, obwohl sie in den Nahrungsmitteln nur in ganz geringer Menge vorkommen und auch nicht direkt zur Ernährung dienen. Ihr Fehlen führt aber zu schweren Schädigungen, von welchen der Skorbut am bekanntesten ist. Die Margarine kann also keinesfalls die vitaminreiche Butter auf die Dauer ersetzen, sie bleibt ein ungleichwertiges Ersatzmittel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230102-15/fragment/page=0006